

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1900 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 11 100 M., für das übrige Ausland 13 100 M. ...

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 27. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000, Berlin

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierzeile kostet 3000 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Parchim / Wannsee.

Nach dem Feme-Mord der Justizskandal? — Die Sache muß nach Leipzig!

Bei den in der gestrigen Abendausgabe mitgeteilten zwei Verhaftungen, die die Berliner politische Polizei vorgenommen hat, handelt es sich um die beiden Leiter der Rohbach'schen Zentrale in Wannsee, die ebenfalls der Verhaftung und Verdunkelung dringend verdächtig sind.

Der Feme-Mord der Rohbach-Leute bei Parchim dürfte sich, wenn die Dinge weiter so laufen wie bisher, zu einem Mecklenburger Justizskandal auswachsen.

Es sei hier als deutliche Warnung betont, daß wir durch unsere Kenntnis der Vorgänge vor und nach dem Mord in der Lage sind, die Amtshandlungen der Mecklenburger Justiz auch von hier aus zu kontrollieren und zu bewerten.

Zunächst müssen wir noch auf den Fall Massolle-Hardt zurückkommen. Fest stehen schon folgende Tatsachen:

1. Von Massolle ging die Nachricht aus an die einzelnen „Kollkommandos“ der Umgegend von Parchim, Radow sei bei ihm wieder aufgetaucht und sie sollten sich im „Luisenhof“ einfinden.

2. Massolle und v. Hardt forderten die einzelnen im „Luisenhof“ eintreffenden Mitglieder des „Kollkommandos“ auf, sich am Zehgelage tüchtig zu beteiligen, damit der Radow vollständig betrunken gemacht werde.

3. v. Hardt sprach während des Abends wiederholt, als Radow nicht mehr zurechnungsfähig war, von der Notwendigkeit, „Verleüer“ und Kommunistenführer zu töten.

4. v. Hardt ging selbst ans Telefon, um den Jagdwagen aus dem Gut Herzberg zu bestellen, den man zu der Ausführung der Tat benötigte.

5. Daraufhin bestieg Massolle ein Motorrad und fuhr nach dem Gut und so wurde der Wagen mit dem Rohbach'schen Truppführer Pfeiffer als Kutscher herbeigefahren.

6. Im Laden Massolles, der unmittelbar an die Casträume des „Luisenhof“ angeschlossen ist, wurde die dem betrunkenen Radow entwundene Brieftasche untersucht und die Papiere, aus denen seine Spitzeltätigkeit hervorgehen sollte, geprüft.

Eine einzige dieser Tatsachen hätte vollkommen für die sofortige Verhaftung der beiden Freiheitsparteiler ausreichen müssen.

Wir fragen aber ferner: Hat der Schweriner Staatsanwalt, hat der Schweriner Untersuchungsrichter die Untersuchung auch nach der Richtung ausgedehnt, ob die Leiter der Rohbach-Organisation in Mecklenburg von der Tat — wenn nicht vorher — so doch nachher erfahren haben, welche Männer als Mitwisser in Frage kommen und welche Schritte zur Verdunkelung der Tat unternommen wurden?

Wir fragen aber ferner: Hat der Schweriner Staatsanwalt, hat der Schweriner Untersuchungsrichter die Untersuchung auch nach der Richtung ausgedehnt, ob die Leiter der Rohbach-Organisation in Mecklenburg von der Tat — wenn nicht vorher — so doch nachher erfahren haben, welche Männer als Mitwisser in Frage kommen und welche Schritte zur Verdunkelung der Tat unternommen wurden?

Wir fragen aber ferner: Hat der Schweriner Staatsanwalt, hat der Schweriner Untersuchungsrichter die Untersuchung auch nach der Richtung ausgedehnt, ob die Leiter der Rohbach-Organisation in Mecklenburg von der Tat — wenn nicht vorher — so doch nachher erfahren haben, welche Männer als Mitwisser in Frage kommen und welche Schritte zur Verdunkelung der Tat unternommen wurden?

Wir fragen aber ferner: Hat der Schweriner Staatsanwalt, hat der Schweriner Untersuchungsrichter die Untersuchung auch nach der Richtung ausgedehnt, ob die Leiter der Rohbach-Organisation in Mecklenburg von der Tat — wenn nicht vorher — so doch nachher erfahren haben, welche Männer als Mitwisser in Frage kommen und welche Schritte zur Verdunkelung der Tat unternommen wurden?

so ungeschickt ausgeführt worden sei. Das sei Anfängerarbeit gewesen. Der Kreis der Beteiligten sei viel zu groß gewesen, so daß Gefahr vorhanden sei, daß die Geschichte doch ans Tageslicht komme.

Wenn sie älter in der Organisation Rohbach wären, dann würden sie wissen, wie man so etwas auszuführen habe.

Zwei Mann und ein Revolver schuß des Nachts im Walde genügen vollkommen. Er, Fricke, habe bis dahin die Absicht gehabt, höchst zum Gruppenleiter zu befördern, zur Strafe für die Ungeschicklichkeit, mit der er die Parchimer Sache geleitet habe, habe er diese Beförderungsabsicht aufgegeben.

Diese Tatsachen müssen den Justizbehörden in Mecklenburg bekannt sein, denn sie sind sogar uns, die der Untersuchung fern stehen, bekannt. Sie sind jedenfalls von der Mecklenburger Polizei dem Richter bekanntgegeben worden.

Trotzdem läuft Fricke in Mecklenburg, wohin er sich am Sonntag begeben hat, frei herum, und der die Untersuchung führende Richter war bisher nicht dazu zu bewegen, den Mann zu verhaften. Ebenso bleiben andere Mitwisser, die eine prominente Rolle in Mecklenburg spielen, unbehelligt.

Fricke ist der Sohn des Inhabers des Bankhauses A. Fricke u. Co. in Berlin, Bohlstraße 15, das die finanziellen Transaktionen der Rohbach-Organisation befragt.

Während aber die Mecklenburger Justiz diese mehr als erstaunliche Indifferenz und Energielosigkeit gegenüber der politischen Seite des Parchimer Feme-Mordes an den Tag legt, zeigt sie sich immer eifriger bestrebt, den Fall rein kriminalistisch als ein gewöhnliches Verbrechen zu behandeln.

Namentlich entfaltet sie eine besondere Energie bei der Fahndung nach den Angebern der Tat: gegen den Hauptgewährsmann des „Vorwärts“, durch den die ganze Angelegenheit erst aufgedeckt werden konnte, ist Haftbefehl erlassen worden, obwohl nach allen bisherigen Feststellungen er nur gezwungen dem grauenhaften Vorgang beigewohnt hat und nach seiner genauen Darstellung, die sich sonst in allen Punkten bewahrheitet hat, sich rein passiv verhielt.

Zunächst hatte der Schweriner Staatsanwalt, als ihm von der Berliner Polizei Mitteilung von den Angaben des Gewährsmanns des „Vorwärts“ gemacht worden war, überhaupt nichts unternommen. Er überließ es vollkommen der Polizei, diese Angaben nachzuprüfen. Als sie sich jedoch bewahrheiteten, war eine seiner ersten Amtshandlungen, den Haftbefehl gegen den Gewährsmann durch den Amtsrichter ergehen zu lassen.

Wir müssen daher die Frage aufwerfen, die von besonderer Wichtigkeit ist: Ist den verhafteten Tätern vom Staatsanwalt oder vom Richter der Name des Angebers mitgeteilt worden? Wenn ja, so wäre die Folge sehr klar: alle würden sich selbstverständlich bemühen, diesen als einen der hauptsächlichsten hinzustellen. Wir können uns natürlich nicht für den Grad der Unschuld oder der Mitschuld des Gewährsmannes verbürgen, aber im Lichte der gesamten vorstehenden Ausführungen, ist es nötig, diese Frage aufzuwerfen.

Ueberhaupt ist es für die mecklenburgischen Behörden sehr peinlich, daß sie, die jahrelang nichts oder fast nichts gegen die Rohbach-Leute in ihrem Wirkungsbereich unternommen haben, plötzlich vor einer Mordaffäre stehen, die ein so großes Licht auf die politischen und verwaltungstechnischen Zustände im Mecklenburgischen wirft. Auch das muß in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden!

Aus einer Zuschrift eines Parteigenossen aus Parchim, die sich auf die Mordaffäre bezieht und Einzelheiten enthält, von denen unser Genosse nicht wissen konnte, daß sie uns bereits bekannt waren, heißt es:

„Das Traurigste und für die blöde Selbstverfassung des Bürgerturns Bedauernde ist, daß ein großer Teil von ihm dieser Mörderpartei nachläßt. In Mecklenburg gehört es zum guten Ton, deutschvölkisch zu sein; die „oberen Zehntausend“, die höheren Beamten, alles schmeißt aufs Hakentreu. In Parchim ist Vorliegender der Ortsgruppe der Freiheitspartei der Amtshauptmann Bötesfür. Dieser teufliche Redde hat als Leiter des Amisasschusses, also einer parlamentarischen Körperchaft, die Siren, einer Partei leitend anzugehen, die die Beseitigung des Parlamentarismus zum Ziele hat. Die braven Mecklenburger haben also den Bod zum Gärtner gemacht. Verwunderlich ist nur, daß die mecklenburgische Regierung diesem Wolansänger nicht schon längst die Hofen stramm gezogen hat. Jedenfalls erfordern die Verhältnisse in Mecklenburg die schärfste Wachsamkeit aller Genossen und Republikaner. Genosse Stellung, es ist die höchste Zeit, daß dem Herrn von Gräfe auch hier sein unsauberes Handwerk gelegt wird.“

Und wir fügen hinzu, daß es uns absolut notwendig erscheint, daß die weitere Behandlung des Parchimer Feme-Mordes der Mecklenburger Atmosphäre schleunigst entzogen wird.

Das, was wir über das Verhaften der Mecklenburger Justiz ausgeführt haben, wäre schon Grund genug, diesem Verlangen Rechnung zu tragen. Wir können uns nur dem restlos anschließen, was das „Berliner Tageblatt“ gestern Abend schrieb:

Ebenso erstaunlich ist die Tatsache, daß die deutschvölkische Freiheitspartei in Mecklenburg ungehindert weiter ihren dunklen Zielen nachgehen kann. Es wäre zu wünschen, daß das Belastungsmaterial, das in Mecklenburg wie in Berlin gesammelt wird, schleunigst dem Staatsgerichtshof zugeleitet würde, dessen Zuständigkeit gegeben sein dürfte und bei dem das Verfahren gegen Rohbach selbst ja bereits anhängig ist.

Auch die „Germania“ fordert in einem Kommentar von bemerkenswerter Schärfe, daß man sich auch einmal von Reichswegen mit dieser Sorte von Politikern etwas näher beschäftige!

In der Tat ist auch aus rechtlichen Gründen, deren Nachweis wir im Falle noch bringen können, die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes als unbedingt gegeben anzusehen. Alle juristischen Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Es verdient dabei erwähnt zu werden, daß nach der Angabe unseres Parteigenossen in Parchim die Behauptung, daß Radow befreit wurde, weil er der kommunistischen Partei Spitzeldienste haben sollte, unwahr ist. In Wahrheit habe man ihn fast gemacht, weil er wichtige Aufträge für die Organisation ungenügende Angaben im Leipziger Verfahren gegen Rohbach vor dem Staatsgerichtshof machen wollte.

Dieser Mitteilung muß unbedingt von Leipzig aus nachgegangen werden. Für ihre Richtigkeit spricht die Tatsache, daß der Inhalt der Radow'schen Deklaration nach der Tat von den Tätern verbrannt wurde. Hätte es sich lediglich um Ausweisung der SPD. gehandelt, wie von den Tätern behauptet wird, dann wäre eine solche Vernichtung nicht so dringend notwendig erschienen.

Jedenfalls muß der Oberreichsanwalt im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen Rohbach die Parchimer Mordaffäre in die Hand nehmen. Er allein gibt uns die Gewähr, daß die Angelegenheit, die von größter politischer Tragweite ist, auch nach der politischen Seite wirklich aufgeklärt und nicht vertuscht wird.

Rohbach selbst läßt durch seinen Verteidiger erklären, daß er persönlich diesen Dingen völlig fern stehe, daß er schon deshalb an diesen Vorgängen unmöglich habe teilnehmen können, da er sich ja seit dem 17. März in Untersuchungshaft befinde. Daß Rohbach selbst an dem Parchimer Mord mitgewirkt haben soll, ist weder von der Berliner Polizei, noch von irgendeiner anderen Stelle jemals behauptet worden.

Die intellektuellen Mitschuldigen.

Wie zu erwarten stand, hat die Ausdeutung des Mordes von Parchim und der Nachweis, daß es sich bei den Mördern um Angehörige der völkischen Mordorganisationen handelt, die ganze Rechtspresse in Aufregung versetzt. Insbesondere hat es ihr die klare Forderung des „Vorwärts“ angetan, daß die Reichsregierung endlich aus ihrer Reserve heraustrete und unzweideutig gegen diese gemeine Gefahr Stellung nehme.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft uns „unverantwortliche Unwahrheit“ vor, spricht von einem „schimpflichen“ Treiben des sozialdemokratischen Zentralorgans, und behauptet, daß der „Vorwärts“ sich in seiner parteipolitischen Hege nicht einmal von den elementarsten Rücksichten auf den Existenzkampf hemmen läßt, den das deutsche Volk nach außen zu führen hat. Die „Deutsche Zeitung“ fordert von der Reichsregierung, daß sie die „jüdischen Redakteure des „Vorwärts“ hinter Schloß und Riegel setze. Ausgerechnet! Von den Einzelheiten des organisierten Mordes schweigt sie vorsichtigerweise. Die „Kreuz-Zeitung“ aber, das immer noch „Mit Gott für König und Vaterland“ erscheinende Hauptorgan der Konservativen, versichert, jeder werde „mit Frauen von solchen Kreisen abrücken, die jeden moralischen Halt verloren haben und selbst vor Mordtaten nicht zurückschrecken“. Dann aber behauptet sie, der „Vorwärts“ treibe „offene Hege zum Bürgerkrieg“, weil an dieser Stelle zu lesen war, daß wir uns selbst, und zwar gründlich helfen würden, wenn die Reichsregierung weiterhin versagt. Schließlich soll nach der „Kreuz-Zeitung“ sogar Minister Severing gegen den „Vorwärts“ wegen dieser „Aufforderung zum Bürgerkrieg“ eingreifen!

Die Verlegenheit der Rechtspresse hat bei allem Ernst, wie man sieht, auch eine heitere Seite. Sie kann uns allerdings in diesen Stunden wenig interessieren. Es kommt auf die politische Tragweite der Geheimbündelei an; die sich im Walde bei Parchim auswirkte. Die völkischen und deutschnationalen Blätter haben allerdings alles Interesse daran, den politischen Charakter des Mordes zu vertuschen, und bei der außerordentlichen Verbreitung der deutschnational beeinflussten Provinzpresse besteht die Gefahr, daß die Aufmerksamkeit von dem Kern der Dinge abgelenkt wird, besonders, wenn auch die Justizbehörde es an der notwendigen Einstellung fehlen läßt.



# Schweden und wir.

F. St. Stockholm, Ende Juni.

In Deutschland gibt es nur noch „Tage ersten Gedensens“, in Schweden feiert man noch Feste. Von der Götterburger Nationalausstellung geht eine Welle der Zuversicht über das Land. Sie gilt dem 300jährigen Jubiläum der Gründung dieser Stadt, von deren Hafen sich der Strom des Verkehrs nach dem Westen ergießt. Hier in Stockholm aber vereinigen sich die 400jährige Erinnerung an die Befreiung von der Fremdherrschaft (der Dänen!), die Einweihung des neuen Stadthauses und Mittsommer zu einem festlichen Dreiflag.

In der Götterburger Ausstellung wird der große Aufschwung der schwedischen Industrie in überraschender Weise erkennbar. Maschinenbau, Präzisionsmechanik, Elektrizitätsindustrie nehmen einen hohen Rang ein. Man fühlt, daß man hier erst am Anfang einer Entwicklung steht, für die im Reichthum des Bodens an Naturschätzen und die hohe Begabung des Volkes für alles Technische die Vorbedingungen gegeben sind. In Wettbewerb und Zusammenarbeit blüht hier auch ein Stück Zukunft für Deutschland.

Es ist keine Trostlosigkeit im Lande, aber viel Ernst. Man empfindet die Lähmung, die von der Verwirrung der europäischen Verhältnisse ausgeht, ungemein schwer. Die größten Märkte der Vorkriegszeit, Rußland und vor allem Deutschland, sind so gut wie gesperrt. Wenn man bedenkt, daß es trotz alledem geht und daß die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, so kann man sich vorstellen, welcher Aufschwung dem Lande bevorsteht, wenn einmal erst die Hindernisse, die in der Politik Europas liegen, überwunden sind.

In Deutschland stellt man sich den Schweden unwillkürlich als einen Menschen vor, der glücklich ist, weil er in Kronen zahlt und bezahlt wird, deren jede 33 000 deutsche Papiermark wert ist. Das ist natürlich eine ganz falsche Vorstellung. Die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger hat vor ihren deutschen Kollegen allerdings den großen Vorteil, daß sie mit wertbeständigem Geld bezahlt wird und ihre Wirtschaft in Ordnung halten kann. Das kann aber auch sie nur mit großer Sparsamkeit. Auch hier sind die Einkommen den Preisen nicht allenthalben gefolgt. Nur daß hier die Bewegung sich gleichmäßig vollzieht, nicht in immer neuen atemberaubenden und halbbrüchlichen Wetteifern wie bei uns. Ein Deutscher, der in die hiesigen Verhältnisse versetzt wird, wird bald bemerken, daß er dadurch nur von dem spezifisch deutschen Leiden, aber noch lange nicht von dem allgemeinen Weltleiden befreit ist.

Seit fünf Monaten stehen die schwedischen Eisenhütten still. Die Arbeiter sind ausgesperrt, weil sie den Achtstundentag nicht preisgeben wollten. Das Gesetz sieht die 48stündige Arbeitswoche vor. Die Unternehmer wollten im Rahmen dieses Gesetzes eine 10 1/2stündige 4 1/2-Tage-Arbeit einführen und 2 1/2 Tage, von Freitagmittag an, die Arbeit ruhen lassen. Vermittlungsversuche der Regierung sind erfolglos geblieben, die Arbeiter bleiben fest und rechnen damit, daß der Kampf noch Monate dauern wird.

Fehlt es also nicht an Klassenkämpfen, so werden diese doch in Formen ausgetragen, die dem gefestigten nordischen Temperament und dem hohen Grade der Volksbildung entsprechen. Da es keine Verzweiflungstimmung in den Massen gibt, fallen kommunistische und syndikalistische Heißlehren auf unfruchtbaren Boden. Als stärkste Partei war die Sozialdemokratie bis vor kurzem Trägerin der Regierung Branding, und ihrer Nachfolgerin, der konservativen Regierung Trygger, sagt man keinen langen Bestand voraus. In der zweiten Kammer sitzen unter 232 Abgeordneten 99 Sozialdemokraten, außerdem gibt es 6 Kommunisten. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien (Konservative, Liberale und Bauernbündler) bei den nächsten Wahlen im Jahre 1924 in die Minderheit gedrängt werden wird.

Wie stark die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Lan-

des von der weiteren Entwicklung der Dinge in Deutschland abhängt, dessen ist man sich allgemein bewußt. Es ist gewiß keine Ueberhebung, wenn man sagt, daß die Sympathien für Deutschland hier außerordentlich stark sind. Im Krieg waren die Meinungen geteilt: die Konserwativen hielten zum deutschen Kaiserthum und bewirkten gerade dadurch, daß die fortschrittlichen Elemente teils in ihrer Haltung unsicher wurden, teils offen mit der Entente sympathisierten. Seit dem Friedensschluß hat sich die Stimmung in allen Kreisen immer mehr zugunsten Deutschlands gewendet, und gar seit dem Ruheinbruch dürften vereinzelte Schweden, die etwa noch die französische Politik zu verteidigen suchten, höchstens noch als Sehenswürdigkeiten zu betrachten sein. Auf der anderen Seite begegnet einem bei vielen Männern und Frauen eine geradezu leidenschaftliche Liebe für deutsches Land und Volk.

Die Schweden erklären, daß sie als ein kleines Volk in die Schicksale Europas nicht entscheidend eingreifen können. Sie hoffen aber mit Ungebuld auf England und Amerika, deren Zurückhaltung und Passivität oft scharf kritisiert wird. Trotzdem wird in Kreisen, die über die Weltlage unterrichtet sein können, die Lage Deutschlands keineswegs ganz pessimistisch beurteilt, und die Regierung Poincaré wird nicht als eine Macht betrachtet, der sich Deutschland und Europa in willenlosem Gehorsam fügen müßten.

Selbstverständlich liegen den Schweden ihre eigenen Angelegenheiten näher als die unsrer, und wenn sie eine friedliche Ordnung Europas wollen, die Deutschlands politische Wiederaufrichtung und wirtschaftliche Erholung ermöglicht, so wollen sie das mehr ihrer selbst willen als unserwillen. Aber gerade diese Uebereinstimmung der Interessen schafft stärkere Bande als das Gefühl rasenmäßiger Zusammengehörigkeit für sich allein. Auf der anderen Seite ist es klar, daß Schweden nicht deutsche Gefühlspolitik, sondern nur schwedische Realpolitik treiben muß, d. h. eine Politik der Neutralität.

Nur durch die Politik der Neutralität konnte und kann Schweden das Kunststück fertig bringen, über hundert Journalisten der größten Zeitungen der ganzen Welt zum gemeinsamen Besuch der Götterburger Ausstellung, der Hauptstadt Stockholm und des schwedischen Landes zusammenzubringen. Diese Journalisten werden alle als Freunde Schwedens in ihre Heimat zurückkehren, sie werden von hier aber auch vielleicht manche Einsicht in die gesamteuropäischen Verhältnisse mit nach Hause nehmen, die ihnen bisher gefehlt hat. Auch für Deutschland ist es sicher kein Schaden, daß den Männern der Presse Gelegenheit geboten wird, Europa gerade von der schwedischen Seite aus zu überblicken.

## Die Ursachen der Kartoffelnot.

Im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft muß es gestern kräftig eingeschlagen haben. Infolgedessen wird jetzt zu der auch von uns gebrachten offiziellen Meldung über die bei der Landwirtschaft noch lagernden großen Kartoffelmengen eine Berichtigung ausgegeben. Sie lautet:

„Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erklärt folgende Richtigstellung: Eine in der Presse erschienene Notiz „Kartoffelnot“ enthält einen schwerwiegenden Schreibfehler. Es war natürlicher Zweck der Mitteilung, darauf aufmerksam zu machen, daß keinesfalls große Kartoffelvorräte auf dem Lande lagern. Das bestätigen auch Nachrichten aus Kreisen des sehr rührigen Kartoffelgroßhandels. Der Satz in der Notiz muß also heißen: Große Mengen lagern nicht mehr bei den Erzeugern. Soweit natürlich die Landwirtschaft noch alte Kartoffeln abgeben könne und wolle, muß auf deren leichte Verderblichkeit Rücksicht genommen werden, woraus naturgemäß auch dem Großhandel ein erhebliches Risiko erwachsen kann, das dieser aber nach uns zugegangenen Nachrichten gern auf sich nehmen will.“

Politisch Gutmütige könnten wirklich glauben, daß das entscheidende Wörtchen „nicht“ nur versehentlich weggelassen ist. Das Urteil wird aber anders, sobald man sich die gefrige Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Landwirt-

schaft nochmals durchliest. Sie droht von indirekten und direkten Angriffen auf den Kartoffelhandel. Heute wird als „sehr rührig“ gelobt, es wird sogar ausdrücklich betont, daß er sogar das Risiko der Kartoffelfäule „gern auf sich nehmen wird“.

Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß das ehrliche Bekenntnis zum reichlichen Kartoffelbesitz korrigiert wird, weil man an wegen ihres Ueberflusses billig abzugebenden Kartoffeln für die Großstädte kein Interesse hat. Die Kartoffeln lassen sich in der eigenen Wirtschaft viel rentabler als Schweinefutter verwerten. Dann fällt auch das „Risiko“ weg. Im übrigen scheint der Reichsausschuß dem Kartoffelhandel sehr verpflichtet zu sein, sonst hätte dessen Donnerwetter sicher nichts geholfen.

## Zweierlei Maß.

Ein Reinfall der Münchener Polizeidirektion.

München, 26. Juni. (Fig. Drahtbericht.) Die Münchener Polizeidirektion hat einen schweren Reinfall erlebt. In der Begründung der am 11. Mai erlassenen Ausnahmeverordnung heißt es u. a.: „Die Verordnung hat den Zweck, auch der in verwerflicher Weise überhandnehmenden Vergiftung der öffentlichen Meinung durch maßlose Entstellungen und Verleumdungen wirksam entgegenzutreten.“

Dem Kenner der bayerischen bzw. Münchener Verhältnisse war es klar, daß die Verordnung der Schikane und Willkür durch eine einseitig eingestellte Bureaupolitik Tür und Tor öffnete, und daß die Gefahr bestand, daß sie in der Hauptsache gegen links angewendet werden würde. Dieses einwandfrei zu beweisen, ist nun unserer Partei gelungen, und zwar auf eine derart überzeugende Art, daß sich wohl oder übel der Landtag mit dieser Angelegenheit wird beschäftigen müssen.

Am 24. Mai, also 14 Tage nach dem Inkrafttreten der Verordnung, waren die Plakatisten in München mit einem sensationell ausgemachten Werbeplakat für den „Börslichen Beobachter“ geschmückt, das von der Polizei genehmigt worden war. Darin wurden, wie üblich, die sozialdemokratischen Führer geschmäht und die „jüdisch-marginalistischen Gistzeitungen“ die Sprachrohr der internationalen Börsen und einer völkerverleumdenden „asiatischen Fremdrasse“ genannt.

Daraufhin unterbreitete der Verlag der „Münchener Post“ ebenfalls einen Plakatenwurf, der in der Aufmachung eine Kopie des Hilterschen Plakats darstellte und in seinem Inhalt eine Propaganda für unser Parteiblatt war. Der Text wandte sich gegen das internationale Kapital und brachte wortgetreue Zitate aus Neben ausländischer Genossen auf dem letzten Kongress in Hamburg, in denen der Friedensvertrag von Versailles auf das allerhöchste und entschiedenste abgelehnt wird. Der Zweck dieses Entwurfs war einzig und allein, die Polizei auf die Probe zu stellen. In ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie verbündete Polizei fiel gleich darauf herein und verbot das Plakat für die „Münchener Post“.

Nun prangt seit wenigen Tagen ein neues Hilters-Plakat an allen Ecken, das in noch wüsterer Manier eine Vergiftung der öffentlichen Meinung durch maßlose Entstellungen und Verleumdungen enthält. Es heißt darin u. a., daß der französische Mord an Schlageter zu Lasten der jüdisch-marginalistischen und jüdisch-demokratischen Presse gehe, desgleichen habe sie die breite Masse dem Sclavenjoch der Börsengänner ausgeliefert durch Erzwingung des neuen deutschen Angebots der Reichsregierung an Frankreich. Noch mehr wie das erste, ist das zweite Plakat, das wiederum mit einem Aufruf für den „Börslichen Beobachter“ schließt, ein schändlich verlogenes und aufsehendes Machwerk, und trotzdem hat es die Genehmigung der „Königlichen Polizeidirektion“ in München gefunden.

Damit ist auf das schlagendste bewiesen, daß die Verordnung des Ministers Schwenker nicht die Urheber und Unternehmer der völkerverleumdenden Aktion trifft, sondern jene, die pflichtgemäß dunkle Vorgänge aufdecken und beweisen, daß auch der neue bayerische Ausnahmezustand wie seine Vorgänger im Prinzip gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist.

## 10 Zeitschriften, 1 Zeitung = 1 Zigarre.

Von Dr. Erich Witte.

Lehrer Fenner und Arbeiter Miegel, die als Vertreter der B.S.D. Stadtverordnete in der Provinzstadt L. waren, besuchten nach einer Sitzung ein Gartentreffanten. Beide sprachen über den jüngsten Sturz der Marx, die jetzt noch nicht den zehntausendsten Teil ihres früheren Wertes betrage, und über die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge, was der Magistrat zu tun gedenke, um den Besucher mit den notwendigsten Lebensmitteln zu verhindern.

Witten im Gespräch rief Fenner aus: „Am billigsten ist noch die geistige Nahrung! Trotz des teuern Papierpreises!“ Miegel dachte einen Augenblick nach und blies dabei den Rauch seiner Zigarre in die Luft. Dann nannte er die Laufende von Marx, die er kürzlich für das Bescheid zu zahlen hatte, das er für seinen die Volksschule besuchenden Sohn anschaffen mußte. „Ich halte meine Behauptung aufrecht“, sagte Fenner. „Ich halte zum Beispiel außer dem „Vorwärts“ zehn Zeitschriften.“ „Das können Sie sich leisten“, unterbrach ihn Miegel, „ich kann kaum das Abonnement für den „Vorwärts“ und eine einzige Zeitschrift bezahlen.“

„Erlauben Sie, lieber Genosse“, entgegnete Fenner. „Mein Gehalt, auf das ich allein angewiesen bin, ist, was den Realwert anbelangt, etwa ein Drittel dessen, was ich erhalten würde, wenn wir keinen Krieg gehabt hätten. Das soll keine Klage sein, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Der Betrag für das Abonnement spielt bei den anderen Ausgaben keine wesentliche Rolle. Die sieben sozialdemokratischen Zeitschriften, die ich halte, die „Arbeiterjugend“, „Der Freie Beamte“, „Die Gemeindepolitik“, „Die Gleichheit“, „Die Glocke“, „Die Neue Zeit“, „Die Sozialistischen Monatshefte“, kosteten im Mai etwa 6000 Mark, der „Vorwärts“ 5900 Mark. Als Pazifist — Sie wissen doch, ich bin auf dem Wege über den Pazifismus zum Sozialismus gekommen — halte ich außerdem noch „Die Menschheit“, „Den Völkernfrieden“ und die pazifistische Jugendzeitschrift „Junge Menschen“. Ihr Preis betrug im Mai 2000 bis 3000 Mark. Wird zu dem Abonnementgeld noch das Bestellgeld hinzugerechnet, so ergibt sich, daß ich an Abonnement im Monat Mai 15 000 bis 16 000 Mark ausgegeben habe.“

Nach einer halben Minute fuhr Fenner fort: „Wieviel kostet übrigens die Zigarre, die Sie rauchen?“ „600 Mark.“ war die Antwort. „Wie viele rauchen Sie davon täglich, Genosse Miegel?“ „Eine bis zwei, bei besonderen Gelegenheiten auch drei.“ „Da sind Sie weder ein großer noch ein anspruchsvoller Raucher. Eine gute Zigarre kostet jetzt schon mehr als 1000 Mark. Ich bezahle also für zehn Zeitschriften und das Zentralorgan der B.S.D. weniger als Sie für fünfzig Zigarren bezahlen, wenn Sie nur eine einzige täglich rauchen. Ich will Sie nicht veranlassen, nicht mehr zu rauchen und für das Geld, das Sie dafür jetzt ausgeben, auf Zeit-

schriften zu abonnieren. Aber ich glaube Ihnen an einem Beispiel dargelegt zu haben, daß die geistige Nahrung immer noch verhältnismäßig billig ist. Außerdem hat man von den Zeitschriften nach Jahren, nach Jahrzehnten noch Nutzen, von dem Raucher nicht mehr eine Minute nach dem letzten Zuge. Daher habe ich nicht die Absicht, die früheren Jahrgänge der von mir gehaltenen Zeitschriften zu verkaufen. Wenn ich es, aber läde, so würde ich bedeutend mehr erhalten als ich bezahlt habe. „Die Neue Zeit“ kostete zum Beispiel im 2. Quartal 1921 19,50 Mark. Das Abonnement der „Glocke“ belief sich für das 1. Quartal 1923 auf 6 Mark. Die damals in einem Vierteljahr erschienenen Hefte wogen je ein Pfund.“

„Behalten Sie denn auch die früheren Jahrgänge des „Vorwärts“?“ fragte Miegel. „Ich schneide mir die Artikel und Nachrichten, die mich aus irgendeinem Grunde besonders interessieren, für meine Zeitungsauschnittsammlung heraus. Nach einiger Zeit verkaufe ich die alten Nummern, sofern ich sie nicht selbst zum Einwickeln brauche, als Altpapier und erhalte weit mehr als das Abonnement gekostet hat. Fragen Sie, lieber Genosse, in einer Altpapierhandlung, wieder jetzt für ein Pfund Papier gezahlt wird, und Sie werden mir recht geben, daß das Abonnieren auf Zeitungen und Zeitschriften nicht nur eine verhältnismäßig billige geistige Nahrung, sondern auch eine gute Kapitalanlage ist. Bewußt wird der Preis für meine zehn Zeitschriften und für den „Vorwärts“ im Juli noch wesentlich höher sein, aber auch für Ihre Zigarren, Arber Genosse, werden Sie mehr zahlen müssen.“

Die Heilkraft der Abwechslung. Die Sommerreise, die von unzähligen ungeduldig erwartet wird, und die für den modernen Menschen immer mehr zur gesundheitlichen Notwendigkeit geworden ist, beruht letzten Endes auf dem tief in uns wurzelnden Glauben an die Heilkraft der Abwechslung. Dieser Instinkt, der einmal im Jahr eine völlige Veränderung der Umwelt und der Lebenshaltung verlangt, ist zweifellos berechtigt. Gesehrte haben ihn auf uralte Triebe fernster Vorfahren zurückgeführt, und man will darin einen Nachklang der Wanderlust jener Nomaden sehen, die in der Urgzeit die Sorge um die Nahrung zum ständigen Wechsel ihres Wohnortes zwang. Diese Sehnsucht nach Veränderung lebt auch in jedem einzelnen, und die Verleibung dieses Triebes ist ihm heilsam. Jeder Wechsel ist gut, selbst wenn er nur von einem schlechten Klima in ein anderes führt. Jedenfalls ist die Luft andersartig, ebenso weilt die Kohlung gewisse Veränderungen auf, und auch das Wasser. In neuerer Zeit hat man dieser Verschiedenartigkeit des Wassers in den einzelnen Gegenden größere Aufmerksamkeit zugewendet, und die, die sich den Ort für ihren Sommeraufenthalt aussuchen, sollten — moran heute noch kaum jemand denkt — auch auf gutes Wasser Wert legen, denn selbst derjenige, der kein Wasser trinkt, nimmt es doch in Tee und Kaffee, ja überhaupt in den meisten Speisen zu sich. Bei einem gesunden Menschen kann man sagen, daß der Vorteil um so größer ist, je vollständiger

die Veränderung ist, die er vornimmt. Wer das Jahr über in der Ebene lebt, gehe ins Gebirge. Wer am Meer wohnt, bevorzuge das Binnenland, und natürlich auch umgekehrt. Wer auf dem Lande sein Heim hat, kann sich am besten durch einen kurzen Aufenthalt in der Großstadt erfrischen. Es ist aber durchaus nicht gefolgt, daß vollständiges Ausruhen auf der Sommerreise die besten Wirkungen hat. Menschen, die zur Passivität neigen, erschaffen leicht durch das „Hausen“ im Urlaub. Sie werden viel mehr erfrischt und gekräftigt werden, wenn sie weiter arbeiten, allerdings unter völliger Umstellung ihrer Tätigkeit. Der Kopparbeiter wird körperliche Arbeit bevorzugen, während der körperlich Angelegene sich geistigen Dingen widmen sollte. Besonders bei Herodes hat man beobachtet, daß ihnen eine völlig andersartige Arbeit sehr viel besser bekommt als Untätigkeit.

Dreizehn Tage soll der Aetna-Ausbruch dauern. Der angegebene italienische Vulkanologe, Professor Ottorino De Fiori aus Catania, hat dem Berichterstatter eines neapolitanischen Blattes bemerkenswerte Mitteilungen über den derzeitigen Ausbruch des Aetna gemacht. Was die Schnelligkeit der Fortbewegung des Lavaströmes anbelangt, so gleicht sie im großen und ganzen derjenigen, die man bei den letzten Ausbrüchen beobachtet hat. So legte beispielsweise die bei den Ausbrüchen von 1910/11 ausgeworfene Lava anfangs einen Weg von über 1 Kilometer in der Stunde zurück, während Professor Fiori weiter aus: diese Schnelligkeit hängt in erster Reihe von dem Neigungswinkel und der mehr oder weniger großen Flüssigkeit der Lava ab. Wenn diese Abhänge passiert hat und in ebenes Gelände gelangt, so vermindert sich die Schnelligkeit des Flusses und erreicht oft kaum eine Stundengeschwindigkeit von einem Meter. Die Gefahr, von der die Umgebend heute bedroht wird, hängt ganz und gar von der Möglichkeit neuer Ausbrüche ab, die den gegenwärtig fließenden Strom verstärken können, oder die neue Flüsse entstehen lassen. Im übrigen darf man sich über die Schnelligkeit des heutigen Lavaströmes nicht wundern; denn der vom Jahre 1910 erreichte zeitweise sogar eine Stundengeschwindigkeit von nicht weniger als 18 Metern. Entgegen der Meinung, daß zwischen der Tätigkeit des Besuchs und dem Ausbruch des Aetna Zusammenhänge bestehen, erklärte der italienische Gelehrte, daß zwischen der Tätigkeit der beiden italienischen Vulkane absolut keine Wechselbeziehungen vorhanden sind. Die erhöhte Tätigkeit des Besuchs in den letzten Tagen war nach seiner Ansicht durchaus eine Zufallserscheinung. Was die wichtige Frage der Dauer der gegenwärtigen Ausbruchstätigkeit anbelangt, so erinnert Professor Fiori daran, daß jene vom Jahre 1814 ununterbrochen zehn Jahre andauerte, während die des Jahres 1911 zehn Tage und die von 1918 kaum acht Stunden währte. Er ist aber der Meinung, daß die gegenwärtige Ausbruchstätigkeit des Aetna nicht länger als vierzehn Tage andauern wird.

Im Paradies der Tiere. Die zu Ecuador gehörende, im Stillen Ozean gelegene Gruppe der Galapagos- oder Schildkröteninseln war das Ziel einer englisch-amerikanischen Forschungs-expedition, die daneben den Zweck verfolgte, den zoologischen Gärten von New York und London neue Tierarten zuzuführen. Diesem Sonderzweck bot kein anderes Land bessere Ausläufer als diese Inselgruppe, die nur von wenigen Fischern bewohnt wird und auf der sich deshalb angefangen der Sicherheit vor Verfolgung eine tro-



## Wie lange noch?

Regensburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Ereignisse bei einer Fahnenweihe der Hakenkreuzler in Passau, bei der Hitler persönlich anwesend war, meldet unser Parteiblatt in Regensburg: Vom Festzug aus überfiel man die Straßenspassanten und Zuschauer, riss ihnen die Abzeichen von den Kleidern, so daß die Fahnen davonhingen, schlug mit Gummiknüppeln auf sie ein, ohne daß sie das geringste gemacht hätten. In der Theresienstraße wurde der Arbeiter P. ohne jeden Anlaß niedergeschlagen, so daß er bewußtlos liegen blieb, weil er ein republikanisches Abzeichen trug. Dem Arbeiter K. wurde aus dem Festzug heraus der linke Backenknochen mit einem Schlagstein zertrümmert. Im Laufe des Nachmittags zogen 18 bis 20 Trupps in Stärke von je 10 Hitler-Gardisten durch die Stadt und bedrohten die Passanten mit Repolieren und Gummiknüppeln. Einschreiten der blauen Polizei war größtenteils erfolglos, weil die Mehrzahl der Hakenkreuzler Waffenschirme besaß, die aber nicht dazu berechtigten, Waffen offen zur Schau zu tragen oder gar damit Leute zu bedrohen. Nachts überfiel ein Trupp von etwa 50 Mann das Verkehrslokal der freien Gewerkschaften, eröffnete das Feuer auf die dort aufgestellten Wächterposten, zog sich dann aber beim Erscheinen der blauen Polizei zurück. Nur der Disziplin der organisierten Arbeiterchaft ist es zu danken, daß es nicht zu schwerem Blutvergießen kam.

### Die Täter unauffindbar.

Münster, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Zwei Tage sind verstrichen, seit die Druckeri unseres „Volkswillen“ einem Dynamitattentat zum Opfer fiel, ohne daß es der Polizei bisher gelungen wäre, den Tätern auf die Spur zu kommen und irgendwelche Verhaftungen vorzunehmen. Das verwundert niemand, der die hiesigen Verhältnisse kennt. Als in der Nacht vom 17. zum 18. Januar das erste Attentat auf unsere Druckeri erfolgte und 17 Seherlöcher ausgeschüttet wurden, war die Kriminalpolizei ebenfalls sofort benachrichtigt worden. Aber bis jetzt hat sie über die Täter nichts ermittelt. Dabei steht natürlich für jedermann der enge Kreis fest, in dem die Attentäter zu suchen sind: Es sind die deutschösterreichischen Heidenjünglinge, die sich seit dem Ruhrenbruch hier in großer Zahl ein Stillsitzen gegeben haben und die unter der Oberleitung überspannten nationalsozialistischer Universitätsprofessoren von hier aus ihr Handwerk betreiben. Damals fand man in der Druckeri einen Zettel „Für Ludendorff“, und als vor kurzem eine große Scheibe unseres Parteibetriebes zertrümmert wurde, wies ein Zettel „Für Schlageter, Ihr Säue!“ die Spur. Anhaltspunkte sind also zur Genüge gegeben, und es wäre nicht allzu schwer für die Polizei, mit etwas mehr Erfolg tätig zu sein. Aber nichts ist bezeichnender für die Auffassung von der Vögelerei der Sozialdemokratie, die anscheinend die Polizei in dem völlig nationalsozialistischen Münster beherrscht, als ihre Haltung nach dem Januarattentat. Damals wandte sich die Geschäftsleitung unseres Parteiunternehmens an die Polizei mit der Bitte um künftigen polizeilichen Schutz. Dieses Ansuchen wurde jedoch abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Zerstörung im Seherlokal einen schlechten Scherz, aber kein gefährliches Unternehmen darstelle. Wir wissen nicht, als was unsere Polizeigewaltigen das jegliche Sprengattentat betrachten. Es scheint uns angebracht, daß sich die Berliner amtliche Zentralstelle um die Handhabung der Polizeigewalt in Münster etwas mehr als bisher kümmert.

### Die Vorfälle in Dramburg.

Ueber die bereits kurz gemeldeten Zusammenstöße zwischen dem reaktionären Jungsturm und Arbeitern in Dramburg (Pommern) erfahren wir aus Stettin noch folgendes: Der Jungsturm, eine mit der Deutschnationalen Volkspartei und dem Deutschnationalen Offiziersbund im engsten Zusammenhange stehende Jugendorganisation, die durch das Tragen von Blawolken und der Farben der jeweiligen Kampagne nach altem militärischen Muster (blauweiß, rotweiß usw.) und durch teilweise Bewaffnung mit

pische Fauna entwickelt hat, die an Mannigfaltigkeit und Reichtum der Arten ihresgleichen in der Welt nicht hat. Unter den gefangenen und lebendig mitgebrachten Tieren der Expedition, die kürzlich wieder in New York eintraf, befinden sich neben grauen Eidechsen von Riesengestalt, die zusammen mit den Schildkröten eine Besonderheit der Tierwelt der Inseln bilden, auch einige schwarze Eidechsen einer bisher noch unbekanntem Gattung. In der Sammlung sind ferner zwei zur Familie der Pelikane gehörende flügellose Kormorane und zwei Zwergpinguine vertreten, die bisher in diesen Breiten noch nicht gefangen wurden. Der Expedition glückte es ferner, eine Riesenschildkröte im Gewicht von rund 2 Zentnern lebendig zu fangen, deren Alter auf etwa 350 Jahre zu schätzen ist. Leider ging dieses Tier unterwegs ein, da es standhaft jede Nahrungsaufnahme verweigerte. Ueberaus zahlreich sind in der Sammlung die sogenannten Kapuzineräffchen, unter denen sich mehrere Exemplare einer überaus seltenen Art befinden. Der größte Teil der Tiere besteht aber aus einer unendlichen Reihe von Vögeln, unter denen Papageien jeder Größe und Farbe vertreten sind.

Ein Diamantenumzug. Ein Umzug von einer Prachtensammlung, wie er bisher in dieser Art noch nicht gesehen worden ist, wird von der Antwerpener Diamantindustrie vorbereitet. 14 große Wagen, dazu eine bedeutende Anzahl kleinerer Gefährte, bilden den Glanzpunkt dieses Zuges, an dem 2000 Personen teilnehmen werden, die mit den kostbarsten Juwelen geschmückt sein sollen. Die Wagen sollen die verschiedenen Diamantindustrien veranschaulichen, die afrikanische, australische, die Diamanten des Kongo. Auf anderen Wagen wird die Erfindung des Diamantenschliffs dargestellt, so dann eine Epilode aus der orientalischen Geschichte, einen Fang in Japan, ein Fest in Teheran, eine Gesellschaft am Hofe Napoleons I. und andere Feste, bei denen riesige Juwelensammlungen zur Schau gestellt werden. Auf einem Wagen werden Damen zu sehen sein, die in ihren Kostümen jeden bekannten Edelstein darstellen. Der Wert der Juwelen, die bei diesem einzigartigen Umzug gezeigt werden, wird auf viele Millionen geschätzt.

Erwerbungen deutscher Kunstwerke für das Prager Museum. Die deutsche Abteilung des Museums in Prag hat zwei Gemälde von Max Beckstein, zwei Gemälde von Oskar Reiss und ein Bild von Alfred Barthelemy erworben. Ferner erwarb das Prager Museum mit diesen deutschen Werken aus den Beständen der Berliner Galerie auch ein Gemälde von Edward Munch.

Norwegische Expedition ins Wurman-Gebiet. Von der Norwegischen Geographischen Gesellschaft wird eine Expedition unter Leitung von Prof. Rønne in das Wurman-Gebiet entsandt, die die dortigen Mineralquellen, in erster Linie Graphit- und Vorkommen sowie die Ausfuhrmöglichkeiten nach den skandinavischen Ländern untersuchen soll.

Schwedische Gaben für Deutschland. Die unter dem Namen „Samatitergabe“ eingeleitete schwedische Sammlung für Deutschland ist abgeschlossen; sie ergab den Betrag von 323272 Kronen. Der Verkauf von Handarbeiten deutscher Damen hat die Summe von 41 692 Kronen ergeben.

Eine Geste des Barthelemy ist im Britischen Museum in Washington aufbewahrt worden. In dem Räume, der die von Lord Byron nach London entführten Bildwerke des Tempels enthält, hat man einen Teil der Nachwelt des Barthelemy nach den Abformungen aufgestellt, die um 1840 in Ägypten abgenommen worden sind.

Pistolen sich einen militärischen Anstrich zu geben verstanden hat, hielt am Sonnabend eine Sonnenwendfeier unter Teilnahme auch weiterer Kreise der Bürgerschaft ab. Durch das Verhalten der jungen Leute füllten sich Arbeiterkreise provoziert, und es kam zu Zusammenstößen. Der herbeigerufene Landrat erschien mit einigen Polizeitruppen und suchte zu vermitteln. Trotzdem kam es abermals zu Zusammenstößen, in deren Verlauf Jungsturmlaute eine Anzahl von Pistolen abgaben. Ein Arbeiter wurde getötet, ein zweiter durch Bauchschuß lebensgefährlich verletzt und drei weitere verwundet. Als jetzt die Arbeiter in größter Erregung auf die Jungsturmlaute losgingen, gab es auch bei diesen einige Verletzte. Die Stettiner politische Polizei hat Beamte zur Untersuchung der Angelegenheit entsandt, sodas eine genaue Klärung der Zusammenhänge bevorsteht. In der Bevölkerung herrscht große Empörung über das durch die Jungsturmlaute angerichtete Blutvergießen. Allgemein wird die Auflösung der ganzen militärischen Jungsturm-Organisation gefordert. Auch erscheint es unbedingt erforderlich, festzustellen, wer den unreifen Burschen des Jungsturms Waffenschirme ausgehändigt hat!

Kiel, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksvorstand Schleswig-Holstein der SPD. erläßt folgenden Aufruf: „Parteilosen! Organisiert die Abwehr! Die Republik ist in Gefahr. Nationalistische Führer schrecken vor offenen Worbendrohungen nicht zurück. Rohdack-Bremen sind in Wirklichkeit Alles wartet auf den großen Schlag, der kommen soll, um die Mittelschicht an die Stelle der Weimarer Verfassung zu setzen. Das darf nicht sein. Einig und entschlossen wird die Arbeiterschaft jeden Streich der Leute abzuwehren wissen, die Mordmorde und Sprengattentate zu politischen Prinzipien erhoben haben. Die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein haben sich im Verein „Republik“ zusammengeschlossen. Ziel der Vereinigung, der nur Vertrauenspersonen der SPD. angehören dürfen, ist der Schutz der deutschen Reichsverfassung gegen jeden hochverräterischen Angriff, von wo er auch kommen mag. Vertrauensleute, tut eure Pflicht!“

## Bayerische Freiheit!

### Aufhebung des Telegraphen- und Fernsprecheheimnisses?

München, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Den Bayerischen Landtag erwartet wieder eine kleine Sensation; denn er soll einem Antrag der Bayerischen Volkspartei stattgeben, wonach auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung durch eine Verordnung das Telegraphen- und Fernsprecheheimnis vorübergehend außer Kraft gesetzt wird, und zwar zur Bekämpfung des Bucher- und Schieberwerts. Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß bei den heutigen Verhältnissen in Bayern eine solche Verordnung außerordentliche Gefahren für die politischen Gegner der Ordnung stellt, in erster Linie für die Sozialdemokratie herausbeschwören muß. Denn diese Kreise haben heute schon durch ihre Erfahrungen begründeten Verdacht, daß für sie der § 117 der Reichsverfassung (Postheimnis) keine absolute Gültigkeit hat. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei berührt auch insofern eigentümlich, als bekanntlich gerade sie es war, die gegen den heftigsten Widerstand der Sozialdemokratie eine unbedingte Wahrung der Bucherpreise in Bayern veranlaßt hat. Außerdem nützt erfahrungsgemäß alles noch so scharfe Vorgehen der Bucherpolizei verdammt wenig, wenn sich, wie das heute der Fall ist, keine Gerichte finden, die die gefassten Schieber und Wucherer einer gerechten Strafe zuführen. Schon aus diesem Grunde fällt es schwer, an die Ehrlichkeit des neuen „volksfreundlichen“ Erlasses der Annullierung und Genossen zu glauben.

## Ludendorff vor Gericht.

München, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das Mitteilungsblatt des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte anlässlich eines in der „New York World“ veröffentlichten Interviews mit Ludendorff geschrieben, es sei nicht zu verstehen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik halt mache vor einem Mann, der es mit der deutschen Ehrenhaftigkeit für vereinbar halte, die deutsche Regierung für Dollarhonorare mit Schmutz zu befeuern. Wegen dieser Äußerung strengte Ludendorff Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Mitteilungsblattes Dr. Wiener, an, die gestern verhandelt wurde. Ludendorff war persönlich mit seinem Verteidiger, dem deutschösterreichischen Justizrat Jeschowitz, erschienen und erklärte, daß das Interview eine Fälschung sei. Ueberhaupt habe er für Interviews niemals Dollar erhalten und angenommen. Andererseits erklärte die Verteidigung des Beklagten, er stelle unter Beweis, daß Ludendorff tatsächlich das Interview gehabt habe; was für einen Inhalt es gehabt habe, sei eine andere Frage. Das Gericht verurteilte Dr. Wiener zu einer Geldstrafe von 150 000 RM. und Tragung der Kosten.

## Schredenstage in Buer.

Essen, 26. Juni. (W.B.) Die Strafmaßnahmen, die wegen der Erschießung der belgischen Soldaten bei Lippstadt über die Stadt Buer verhängt sind, forderten, wie bereits kurz gemeldet, eine Reihe von Opfern, und zwar drei Tote und eine Anzahl Verwundeter.

Auf der Ostfriesenstraße wurde der 23 Jahre alte Johann Tombrink erschossen. Dieser stand um 8 Uhr abends vor seinem elterlichen Haus im Vorgarten, als plötzlich eine belgische Patrouille auftauchte. Der junge Tombrink war gerade im Begriff, nach Auforderung durch seinen Vater in das Haus zurückzugehen, als schon der tödliche Schuß fiel. Er stürzte vor den Augen seiner Angehörigen nieder und verlor einige Augenblicke nachher. Die Angehörigen wurden, als sie zur Hilfeleistung in den Vorgarten gehen wollten, ebenfalls mit Erschießen bedroht.

Der 22jährige Sohn der Witwe Wesemeyer aus der Essener Straße ging mit seinen Brüdern abends auf den Neumarkt. Die jungen Leute suchten, als sie bemerkten, daß sie verfolgt wurden, Schutz hinter der großen Markthallenbarade. Zwei blieben auf den Anruf der belgischen Posten mit erhobenen Händen stehen, während der dritte ins Haus hineinlief. Einer der Posten sandte ihm auf der Treppe einen Schuß nach, der ihn in den Rücken traf und ihn tötete. Die Leiche wurde in das obere Stadtwerk des Hauses gebracht, wo sie zurzeit noch von einem Doppelposten bewacht wird. Die Meinungen, ob es schon 8 Uhr war oder nicht, gehen auseinander.

Der dritte Tote heißt Richard. Er ist ein alter Mann, der für das Krankenhaus in Horst Besorgungen machte, wobei er erschossen wurde.

Ferner sind mehrere Personen angeschossen worden. Ein Anwohner der Bärenkamp erhielt einen Beinbeschuß und liegt im Krankenhaus. Der Bergmann Bömerling erhielt einen Armschuss. Am Sonnabendabend wurde der Steiger Böllig durch einen Schulterschuss und einen Kopf- und Streifschuß schwer verletzt. Wie mehrfach beobachtet wurde, ist auch von Soldaten auf Waude, die am Fenster ihrer Wohnung standen, geschossen

worden. In vielen Fällen wurden auch erkrankte Fenster eingeworfen. Außerdem sind eine Anzahl Personen aufgegriffen worden, die die Nacht mit Autopumpen und Kartoffelschalen auf der Waude verbringen mußten.

Buer, 26. Juni. (W.B.) Wie die „Buerische Volkszeitung“ meldet, ist der Redakteur Hermann Diebold heute vormittag von belgischen Gendarmen zur Kommandantur geholt und nach kurzer Vernehmung für verhaftet erklärt worden. Die Verhaftung wurde verfügt wegen eines in der „Buerischen Volkszeitung“ erschienenen Artikels „Blutopfer in Buer“. Die Besatzungsbehörde hat die Aufnahme einer Vernehmung verlangt, in der es heißt, daß die getöteten Personen nicht vor 8 Uhr, sondern um 8 Uhr 5 Minuten (!) von belgischen Posten erschossen worden seien. Stadtrat Dr. Grewe, der erst gestern mittag von einer Reise nach Buer zurückgekehrt war, wurde als Geisel nach Sterkrade abgeführt, wo sich auch die übrigen Geiseln aus der Stadt Buer befinden.

Belsenkirchen, 26. Juni. (W.B.) Wegen eines angeblichen Attentats auf einen französischen Offizier in der Nähe des Hafens — in Wirklichkeit war das Pferd des Offiziers durch einen Pfeilschuss getötet worden — stellten die Franzosen drei Maschinengewehre mit der Front gegen den Hafen auf. Die Arbeiter legten darauf, da sie sich bedroht fühlten, die Arbeit nieder und schickten eine Deputation zu dem französischen Kommandanten, der ein Mitglied dieser Deputation festnehmen ließ mit dem Bemerkten, daß der Festgenommene dann erst wieder freigelassen würde, wenn der Mann, der den Schuß abgegeben habe, ausfindig gemacht worden sei.

## Bombenattentat in Wiesbaden.

Wiesbaden, 26. Juni. (W.B.) Heute früh 5 Uhr explodierte im Schalterraum des hiesigen Hauptbahnhofes eine Bombe, durch die fast sämtliche Schelben und ein großer Teil der Einrichtung zerstört wurden. Verwundet wurden dabei zwei Deutsche, ein Mann und eine Frau.

## 600 Eisenbahner ausgewiesen.

Mainz, 26. Juni. (W.B.) Aus dem Bezirk Mainz sind heute 600 Eisenbahner mit ihren Familien ausgewiesen worden. Ihr Hausrat wurde beschlagnahmt.

## Theunis' Kabinettsbildung gescheitert?

Paris, 26. Juni. (W.B.) „Journal des Debats“ berichtet aus Brüssel zum Stand der Kabinettskrise: In politischen Kreisen herrscht der größte Pessimismus. Man sieht noch immer da, wo man in den ersten Tagen gefanden hat. Daher wird vermutet, daß Theunis heute abend darauf verzichtet, den Widerstand der künftigen Katholiken überwinden zu wollen, und daß er den Auftrag in die Hände des Königs zurückzugeben.

## Die Saargendarmerie.

### Der Völkerbund erinnert Frankreich.

London, 26. Juni. (Eca.) Abg. Morel (Soz.) hatte im Unterhaus die Anfrage gestellt, unter welchen Bedingungen Frankreich im Saargebiet Truppen halten dürfe. Unterstaatssekretär Mac Reill antwortete, es gäbe keine bestimmte Klausel im Versailler Vertrag, die sich auf die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet bezöge; die Saar-Regierungskommission sei nach dem Vertrage für den Schutz der Person und des Eigentums in diesem Gebiet verantwortlich. Aus diesen Gründen sei sie ermächtigt worden, bis zur Schaffung der lokalen Gendarmerie Truppen zu halten. Die englische Regierung besitze keine genaue Kenntnis über die augenblickliche Stärke und Zusammenfassung dieser französischen Truppen, sie nehme aber an, daß diese von der französischen Regierung bestimmt werden, die ihren Unterhalt bezahle. Soweit bekannt sei, befänden sich keine farbigen Truppen im Saargebiet. Angesichts der Vergrößerung in der Bildung der Gendarmerie entstanden sei, habe der Völkerbundrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Regierungskommission zu ersuchen, zur Annahme des Budgets für das Finanzjahr 1924/25 ihr Programm für den Aufbau der lokalen Gendarmerie während dieser Zeit dem Völkerbundrat vorzulegen.

## Der Franken fällt.

Paris, 26. Juni. (Eca.) Der Verkauf der heutigen Pariser Börse brachte ein weiteres Anziehen des Pfund Sterling, das offiziell mit 75,23 notiert wurde.

### Millerand verteidigt den Ruhrereinbruch.

Paris, 26. Juni. (Eca.) Bei einem Frühstück des Verbandes der ausländischen Presse — dem die deutschen Korrespondenten nicht angehören — ergriff Millerand das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er u. a. sagte: „Es ist wohl ein Zeichen der Mentalität unserer Zeit, daß man dazu neigt, die einfachsten Dinge zu dramatisieren und ihnen die vorteilhaftesten Auslegungen zu geben. Die Wirklichkeit ist gewöhnlich einfacher und weniger finstler. Nach drei Jahren verboglicher Besprechungen hat Frankreich sich dazu entschlossen, im Einverständnis mit seinen belgischen Freunden die Methode zu ändern und Zwang anzuwenden, wo die Ueberredung versagt hat. Ist es so schwer, unser Vorgehen zu verstehen, daß man ihm uneingesandene Hintergedanken unterstellt? Kann man nicht verstehen, daß ein Volk genau so wie ein Privatmann den Wunsch hat, das zu erhalten, was man ihm schuldet, und daß ihm die Rolle des gepöppelten, aber trotzdem zufriedenen Bürgers widerstrebt? Die Zeitungskorrespondenten, die bei uns leben, wissen, bis zu welchem Punkte

### der Geist des Hasses und der Rache zurückgedrängt

ist und daß wir vor Extremen zurückgehen. Wir wissen, daß wir auf Sie zählen können, um uns ein besseres Verständnis in der Welt zu schaffen. Viele der Länder, deren Korrespondenten hier vertreten sind, hatten während 4½ Jahren mit Frankreich gemeinsame Interessen, gemeinsame Trauer und gemeinsame Furcht. Der Frieden hat die durch den Krieg geknüpften Bande gelockert und jedem Volk die Freiheit seiner Ansichten und seiner Entscheidungen niedergegeben. Durch den Sieg der Alliierten hat eine gewisse Bestaustassung und eine besondere Zivillisation den Sieg davongetragen. Wir bleiben ihr treu. Wir haben nicht aufgehört, zu lieben, was unsere Toten geliebt haben und zu hassen, was sie verabscheuten. Wie unwahrscheinlich ist es, daß es Mißverständnisse geben könnte, durch die wir aufeinander könnten, uns zu verstehen? Die treuesten Freunde sind der Gefahr ausgesetzt, in nebensächlichen Fragen in ihren Ansichten voneinander abzuweichen. Der Frieden der Welt und ihr Gedeihen haben von dem republikanischen Frankreich nichts zu fürchten.“

Die deutschhannoversche Partei hat ihren Abstimmungsantrag zurückgezogen, befaßt sich aber vor, ihn zu gegebener Zeit zu erneuern.

Polen und Rumänien. Die Außenminister Polens und Rumäniens, Senca und Duca, haben sowohl die allgemeine Lage Europas als auch die Spezialprobleme beider Länder besprochen und festgestellt, daß sich ihre Gesichtspunkte vollkommen decken.







# Gegen die Zerschlagung Groß-Berlins

## Die Wohnungszwangswirtschaft in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten machten gestern rasche Arbeit und räumten mit einer langen Reihe Vorlagen auf, um die bis zu ihren Sommerferien noch verfügbare Zeit, je eine Sitzung am Donnerstag und am Freitag, auf die Fertigstellung des Haushaltsplanes verwenden zu können. Ein lebhafterer Ton kam in die Verhandlungen erst in ihrem letzten Teil, als die Tätigkeit der Wohnungsgüter erörtert wurde. Stadtrat Genosse Wuytz und Stadtverordneter Genosse Pattloch warnten vor Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, weil dabei die Minderbemittelten überhaupt keine Wohnungen mehr erhielten. Noch um 9 Uhr abends kam der wichtige, die geplante Veränderung des Gesetzes über Groß-Berlin betreffende Antrag zur Verhandlung, den Genosse Hah mit einer ausführlichen Rede begründete.

Zur Verhandlung gelangten zunächst die Ausschuhträge zur Magistratsvorlage betreffend Maßnahmen zur Verbilligung des Bestattungswesens. Abweichend vom dem Entwurf hatte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses beschlossen, daß die neuen Gebühren erst nach drei Monaten in Kraft treten sollen; gestern verlangten die beiden Rechtsparteien eine weitere hinausschiebung dieses Termins bis zum 1. Januar 1924. Genosse Harnisch erklärte, daß mit Annahme dieses Antrages die Vorlage für sie wertlos und damit unannehmbar werden würde. Nach längerer Erörterung ging die Vorlage auf Vorschlag unserer Genossen an den Ausschuh zurück. — Mit dem Erlaß eines Ortsgesetzes über die Unfallfürsorge für die Beamten und Festangestellten und deren Hinterbliebene hat sich der Ausschuh einverstanden erklärt. Ein Antrag unserer Genossen, bei der Berechnung der Unfallrente für die Angehörigen der Feuerwehr das Höchstvermögen ihrer Berufsgruppe zugrunde zu legen, wurde mit 80 gegen 78 Stimmen abgelehnt, desgleichen der Antrag, auch den Weg vom und zum Dienste in die Unfallgefahr einzubeziehen; die Vorlage kam in der Ausschuhfassung zur Annahme. — Für den Abbruch der Schlangengrabenbrücke in der Grünwaldstraße in Spandau und für die Zuschüttung des Grabens an dieser Stelle wurden 12 Millionen Mark bewilligt. — Ueber die Uebernahmebedingungen der Viktoria-Fach- und Fortbildungsschule auf die Stadt berichtete Merzen (Dem.). Der Ausschuh hat zugestimmt; die Anstalt soll hinfert Viktoria-Fachschule heißen. Die Versammlung beschloß nach dem Ausschuhtrage und lehnte die Anträge der Rechten, die Anstalt „Viktoria-Jugendschule“ zu taufen und sie dauernd unter weibliche Leitung zu stellen, ab.

### Die Unfallfürsorge für Ehrenbeamte

Soll für Groß-Berlin einheitlich geregelt werden. Die Ausschuhberatung, über die Genosse Dr. Löwy referierte, hat zur Annahme der bezüglichen Magistratsvorlage mit einigen Modifikationen geführt. Die Versammlung trat den Ausschuhvorschlägen bei. — Mit der Fahrgeleiderstattung und mit der Gewährung von Sitzungsgeldern an die den Bezirksrathverordneten und den Bezirksrathauschüssen angehörigen Geistlichen und Beherren erklärte sich die Versammlung einverstanden; der, von der Genossin Niedger begründeten Antrag, die allgemeine Gewährung von Sitzungsgeldern abzulehnen, fiel mit 86 gegen 76 Stimmen. — Nach einer Magistratsvorlage vom 13. d. M. soll die

### Erhöhung der Ortslohnzulage

für die städtischen Arbeiter entsprechend der Reichslohnregelung ab 1. März auf 30 Proz., die Gewährung einmaliger Lohnzulagen für März in Höhe von 96 Stunden, für April und Mai von je 48 Stunden, sowie die Neufestsetzung der Löhne für die erste und zweite Maihälfte in Höhe der Reichsarbeiterlöhne erfolgen; für beihilfeberechtigte Kinder soll die Einkommensgrenze ab 1. Mai auf 30.000 M. monatlich heraufgesetzt werden. — Die Versammlung beschloß demgemäß. — Die Gebühr für die städtische Müllbeseitigung ab 1. Juli 1923 wurde auf 600 Proz. (Vorlage 270 Proz.) des Gebäudesteuerbewertungswertes festgesetzt. — Das Ortsgesetz über den Erlaß bärer Ausgaben und entgangenen Arbeitsverdienstes an ehrenamtlich tätige Bürger soll der fortgeführten Teuerung angepaßt werden und die neue Fassung am 1. Juli in Kraft treten, mit der Abgabe,

daß von da ab die Pauschalbeträge sich automatisch den jeweiligen Teuerungsverhältnissen anpassen. — Nach kurzen Bemerkungen von Dove (Dem.) und Delleßen (Dnall.) überwies die Versammlung die Vorlage dem Besoldungsausschuh, dem zugleich ein Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen, auch die ehrenamtlichen Mitglieder der Preisprüfungsstellen zu berücksichtigen, übergeben wurde.

### Ueber Abbau und Tätigkeit der Wohnungsgüter

hatte der Magistrat am 17. April und 11. Mai der Versammlung Ueberführungen zur Kenntnisnahme unterbreitet. — Pohl (Dnall.) übte scharfe Kritik an der Wohnungszwangswirtschaft und an der Institution der Wohnungsgüter und forderte Abbau und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. — Mit Recht verwies Genosse Stadtrat Wuytz diesen Fanatiker der freien Wohnungswirtschaft darauf, daß zwar niemand eine reine Freude an der Wirksamkeit der Wohnungsgüter habe, daß aber der letzte Grund für diesen unerfreulichen Zustand in den miserablen Wirtschaftsverhältnissen liege und daß auch bei Aufhebung der Zwangswirtschaft die Wohnungen nicht wie die Pilze aus der Erde schießen würden. Die 8 Milliarden, die das Institut bisher getostet habe, seien nicht umsonst aufgewendet; heute würde ohne die Wohnungsgüter kein Mensch mehr eine Wohnung finden, es sei denn, er habe 20 Millionen in der Tasche. (Hört, hört!) Einigermassen sei es doch gelungen, das Wohnungswesen in Ordnung zu bringen. Der Abbau schreie bei Personal und Amtsräumen stetig vorwärts; die ganze Einrichtung sei vereinfacht und den Ansprüchen des Publikums gemäßer gestaltet worden. — Genosse Pattloch: Die eigenen Fraktionsgenossen des Kollegen Pohl, die in der Wohnungsdeputation sitzen, müßten ihm bestätigen, daß er von den Dingen, über die er klagt, keine Ahnung hat. Der Krebschaden ist, daß unsere Vermieter fast durchweg vorziehen, an Ausländern zu vermieten, indem sie

### nur die Rücksicht auf ihren Geldbeutel

sprechen lassen; darum fällt es den wohnungsuchenden deutschen Landsleuten so schwer, eine Wohnung zu bekommen. Ohne die Zwangswirtschaft können wir aber vom Regen in die Traufe. — Schumacher (Komm.): Warum macht der Magistrat von seinem Recht, Unterkünfte durch Abtrennung von den größeren und großen Wohnungen zu schaffen, nicht viel energischer Gebrauch? — Die Versammlung nahm die beiden Berichte zur Kenntnis. — Von den auf der Tagesordnung stehenden Urträgen zog die Versammlung auf Antrag unserer Genossen denjenigen vor, welcher von den Sozialdemokraten, Zentrum und der Wirtschaftspartei gestellt, sich mit den Landtagsberatungen über

### Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin

befahl. Der am 26. April eingebrachte Antrag geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, beim Landtag vorstellig zu werden, seine Beratungen zu vertagen, bis die von den städtischen Körperschaften in Anrath genommene Reorganisation der Groß-Berliner Verwaltung praktisch erprobt ist; insbesondere müsse das Gebiet und die Finanz- und Steuerhoheit der Einheitsgemeinde unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. — Genosse Hah führte aus, daß die dem Landtage vorliegenden Anträge der Dnall. und der Dp. die Gefahr, daß die aus 94 Gemeinden bestehende Einheitsgemeinde wieder zerschlagen werde, bereits bedenklich nahe gerückt hätten. Wenn die Rechtsparteien gegen das Gesetz vom 20. April 1920 so heftig Sturm ließen, wenn sie nicht nur das Gebiet der Einheitsgemeinde wieder zerreißten, sondern auch ihre Finanz- und Steuerhoheit wieder abschaffen wollten, so seien dafür hauptsächlich politische Gründe maßgebend. Die stämmliche bürgerliche Mehrheit von 5 Stimmen habe keineswegs alle Blütenstrüme der Reaktion zur Reife gebracht, darum solle die Art a die Wurzel gelegt und der Landtag gegen das rote Berlin mobil gemacht werden. Tatsächlich aber habe das Gesetz trotz seiner Mängel schon in den drei Jahren seiner Geltung

### seine Existenzberechtigung erwiesen;

die Notwendigkeit einer starken Zentralstation siehe nach dem Gange der Entwicklung in Deutschland, Preußen und Berlin fester denn je. — Trotz der vorgerückten Stunde (es war bereits 10 Uhr vorüber) ließ es sich der Redner nicht verdrießen, die großen Vorteile, die das Gesetz den ehemaligen Einzel-

gemeinden des jetzigen Groß-Berlin, auch den früher widerstrebenden, gebracht hat, gegen die relativ geringen Nachteile kritisch abzuwägen. Mit Entschiedenheit lehnte er eine Ueberzentralisation ab. In der für die Frage tätigen gemischten Deputation könne man auf ein positives Resultat der Beratungen gegründete Hoffnung hegen. Quacksalberei und Puscherei sei zumal auf diesem Gebiet vom Uebel. (Beifall.) Hierauf nach 10 Uhr Vertagung. Nächste Sitzung Donnerstag 4 1/2 Uhr.

## Die Rinnstein-Hymne.

Aus Deutsch-Oberschlesien schreibt uns ein Parteigenosse: Heute habe ich zum zehnten Male das schöne Lied von der Judenrepublik grüßen hören. Ich könnte somit eine Art Jubiläum feiern. Da ich mich aber auf das Festschreiben nicht besonders verstehe, möchte ich mich darauf beschränken, zu Ehren der eingangs erwähnten Tatsache folgende Zeilen zu schreiben:

Wie immer: das Lied wurde nicht gesungen, sondern gebrüllt. Und zwar so gebrüllt, daß ich mit höchstem Entzücken das Fenster aufstieß und nach dem brüllenden Wesen Ausschau hielt. Und siehe da: das Wesen lag auf der Straße. Mit dem Rücken auf dem Fahrdamm, mit den Füßen auf dem Bürgersteig; die untere Verlängerung des Rückens aber lag mitten in dem ruhig dahinfließenden Regenwasser des Rinnsteins. Dem Munde entströmten mit eruptiver Gewalt die einzelnen gebrüllten Töne des Liedes wie dem Meina die Laomassen; und bei dem in stärkstem Fortissimo gebrüllten Worte „Psui“ ging durch den ganzen Körper des Jünglings jedesmal ein mächtiger Ruck, so daß das Wasser im Rinnstein erschrocken stehenblieb und hoch aufspritzte.

Es war ein erhebender Anblick. In derselben Körperlage konnte man sich die alten Deutschen vorstellen, die bekanntlich immer und immer und „immer noch eins“ tranken. Bloß mit dem Unterschied, daß es dozumal noch keine festen Rinnsteine und keine Bürgersteige gab, so daß die edlen Germanen etwas weicher gelegen haben mochten. Doch halt! Es gab noch einen Unterschied: An dem Schädel des holden Sängers vor meinem Fenster vermehrte ich die Däsenhörner. Es konnte also trotz des gebrüllten Textes immer noch zweifelhaft sein, ob die im Rinnstein liegende Schnapsleiche wirklich von rein germanischer Abstammung war.

Doch nun zurück zu dem Liede selbst. Zehnmal hörte ich es, und jedesmal wurde es gebrüllt von einem oder mehreren — Betrunknen. Noch nie hörte ich es von einem normalen Menschen. Ergo komme ich zu dem Schluß: Das Lied von der Judenrepublik ist die Hymne des Rinnsteins.

## Schluß mit der Ausländersteuer.

Die Mehrheit der Finanzdeputation hat sich gestern endlich für die Befestigung der besonderen Beherbergungssteuer für Ausländer entschieden. Seitens des Auswärtigen Amtes wurden dieselben Bedenken gegen eine solche Sondersteuer geltend gemacht, die auch wir immer und immer wieder dagegen erhoben haben. Die Neuerungen der ausländischen Presse, vor allem die der holländischen und schwedischen, die durchaus nicht als deutschfeindlich schlechthin gelten kann, beweisen, wie eine solche verärgende Steuer der Volksverständigung und den deutschen Interessen ganz unmittelbar entgegen wirkt. Durch die Verdoppelung der Steuer neben der Verdoppelung oder Verdreifachung des Hotelpreises für Ausländer ist es dahin gekommen, daß die Preise für einfache Hotels in Deutschland tatsächlich die Preise ausländischer Luxushotels übersteigen. Hieron sind besonders hart alle die Ausländer betroffen worden, die sich aus beruflichen Gründen, als Arbeiter und Angestellte im Konsulatsdienst oder im Auftrage der Presse oder im Dienste der Botschaften in Deutschland aufhalten. Dazu kam, daß die Befristung auf den 1. Januar 1921, die den lange Zeit in Deutschland ansässigen Ausländern zugute kommen sollte, zu einer ganz ungleichmäßigen Behandlung bei einer sonst gleichartigen Berufstätigkeit geführt hat, daß insbesondere eine große Zahl Auslandsdeutscher von der erhöhten Steuer betroffen wurden. Der nunmehr von der Finanzdeputation genehmigte Entwurf beseitigt all diese Härten und politischen Bedenklichkeiten, ohne dem Staat einen irgendwie erheblichen Einnahmefall zu bringen. Denn die für die städtischen Finanzen ausfallgebenden Einnahmen aus der Ausländersteuer erbrachten doch nicht alle die erwähnten Berufs-

## Als die Wasser fielen.

Von Otto Kung.

Mühsam arbeitete Gude in seiner Kajüte. Es war, als beläme er, wohin er griff, nur Bruchstücke in die Hände, und die Splitter stachen ihn in die Seele. Verstaubte Stuben aus längst vergangener Zeit, wie die Wohnung der Schwester in dem alten Familienhause, oder eine elegante, aber im Verfall begriffene Betetage mit zeretzten Tapeten und ledern Heizungsrohren — das waren die Heime, die er vorfand!

Es war Nacht geworden. Nyhavn war totenstill jetzt. Nur die alten Planen des Schiffes leuchteten hin und wieder dumpf. Ueber das Deck erklang ein leiser Ton wie Schritte, die elastisch vorbeiglitten und zurückkehrten; in seinen Ohren ein Wiederklang von des Vaters Marsch über den Fußboden der Wohnstube — und später auf dem Deck des Schiffs! Nachts er noch seine Kunde dort oben, ewig über Ordnung und Disziplin an Bord wachend, mit harten Augen und schwerer Hand das Leben seines Sohnes behütend — auch jetzt noch nach zwanzig Jahren Stummheit und Tod . . .

Gerda sah vor ihm in ihrer kleinen Kajüte. Sie war auf dem verblühten Dwan zusammengesunken und hatte die Beine unter den Rock emporgezogen. So liebte sie zu sitzen und zu erzählen, was sie für seine Ohren angebracht fand. Wie sie da, die Hände im Schoß, die Stirn hoch und gewölbt unter dem fortgeschrittenen Haar und mit klugen, klaren und stillen Augen hochte, gleich sie einem kleinen Buddha.

Wie er jetzt wachte, erzählte sie gern. Er lächelte dazu und sagte neckend, daß sie gewiß zu fabulieren liebt. Vieles, räumte sie denn auch ein, wäre nur eine Art Träume — alles das, was ihre Zukunft betrafte. Aber die Kapitel, die sie aus ihrem Leben erzählte, müßte er respektvoll glauben! Er nickte willig: Vieles konnte er kontrollieren und fand denn auch keinen Grund zur Ungläubigkeit, als sie jetzt von ihrer Kindheit in Nyhavn erzählte.

„Alles, was nicht wahr ist, bekommen Sie nicht zu wissen“, lachte sie. „Aber auch dieses, was wahr ist, nicht!“ Sie lehnte sich zurück: „Wissen Sie, daß Millionen damals durch meine Finger rannen? In gemünztem Golde? Summen, mit denen Sie in Ihrer Höhle nur in trockenen Zahlen rechnen! Aber ich habe es in dieser meiner Hand sieben Jahre lang gehalten, von meinem fünften bis zum zwölften Jahre habe ich täglich mit Gold gespielt. Glauben Sie, daß

ich jetzt wieder fabele? Diesmal müssen Sie mit buchstäblich verstehen!

Nyhavn hat zwei Seiten“, fuhr sie fort, „die eine ist etwas feiner als die andere. Ich wohnte auf der falschen Seite des Kanals in drei kleinen Zimmern dort in der Gasse, das Haus war vor hundert Jahren die Wohnung des Probstes der Garnisonkirche gewesen. Es war ein Fachwerkbau, und der Esu wuchs ungefähr bis zum Dach hinauf. Alles steht heute noch wie damals. Oft gehe ich vorbei, aber nie hinein. Dazu habe ich keine Lust.“

Da wohnte ich“, fuhr sie fort, „bei der alten Dame, die mich in meinem zweiten oder dritten Lebensjahre adoptierte. Ich nannte sie Tante Mariane, und so wurde sie vom ganzen Hause genannt — sie öffnete mir nach, wenn ich es rief! — und später von allen Leuten, ja sogar der alte Bureauvorsteher und der Kontrollprobierer und selbst der alte Wärmewart drüben in der Münze nannten sie so, wenn sie miteinander über sie sprachen.“

Sie beschrieb ihren Aufenthalt in den kleinen niedrigen Stuben. „Sie glühten der Kajüte hier“, sagte sie. „Da waren alte Wandschränke, Bodensenfer, so klein wie die Luken hier; sie konnte weit über alle Schornsteine und geborstenen Ziegel-dächer Nyhavns sehen, auf denen die Tauben und oft auch die Möwen sich niederließen. Zwischen den Türen befanden sich fußhohe Schwellen, die jedoch in der Mitte bis zum Fußboden abgetreten waren, als wären sie jahrelang als Stiefel-treckt gebraucht worden! Die alten Schlösser in den kleinen weißen Türen waren aus Messing und immer so blank gepuht wie das Goldgeld in der Münze, wo meine Tante damals Zählerin war.“

Während sie erzählte, konnte sie sich die alte Frau vorstellen, wie sie schreuernd und schrubbend, in Nachthemd und Pantoffeln, durch die Stuben fuhr, wenn sie vor sechs Uhr morgens aus ihrem Kissen gekrochen war.

Am Fenster war kein Kanarienvogel mehr; der leere Käfig hing noch vergeblich zwischen den Sprossen. Aber es standen immer Blumen auf der Fensterbank, im Winter nur eine Pelargonie, im Frühling jedoch Krokus, Tulpen und Hyazinthen in einem an Draht hängenden Kasten und dazu in einer mit Erde gefüllten Stärkelsackel Kreise, die Tante Mariane mit einer Nagelschere erntete.

Gerda meinte, in den Augen mancher Leute wäre die Tante wohl verreckt gewesen. Ihr schweres graues Haar umgab immer flammend wie eine Krone ihren Schmelz, sie benutzte jede Nacht Papilloten aus einer Zeitung, die sie zu

diesem Zwecke vom Tisch des Münzmeisters mitnahm. Ihre Haarnadeln legte sie nachtsüber zum Auslüften vor das offene Bohnzimmerfenster. Später, als sie immer wunderlicher wurde, kam sie auf den Einfall, jeden Abend alle Stuhl- und Tischbeine abzuschrauben und in Zeitungspapier gepackt auf den Fußboden zu legen, damit sie sich des Nachts ausruhen konnten.

„Ich schlief auf einem Sofa“, fuhr Gerda fort, „das wurde allmählich zu kurz, und vielleicht kommt es daher, daß ich nicht größer geworden bin. Unter mir hatte ich zwei Deckbetten, über mir zwei andere. Tante Mariane sagte, daß Kinder weich liegen müßten, gerade wie Kufen. Wenn sie mich weckte, so beugte sie sich zu mir herab und flüsterte mir ins Ohr, daß es sieben Uhr wäre, um mich nicht durch zu lautes Sprechen zu erschrecken. Dann weckte sie mich wieder jede Viertelstunde, bis es acht Uhr war und ich aufstehen mußte, und jedesmal sprach sie ein wenig lauter. Zulezt rief sie, daß die Scheiben zitterten!“

Dann kämmte sie mich mit ihrem Kamm, den sie zuerst gebraucht hatte, und oft hingen, wenn ich zur Münze kam, lange graue Haare zwischen meinen eigenen. Darauf zog sie mir mehrere Lagen Unterröcke aus Wolle und Barchent an, und endlich nahm Tante mich mit in die Münze, wo wir Geld hählten.

Wir gingen von der Gasse nach Nyhavn und dann über die Brücke nach Gammelholm. Dort waren dieselben kleinen Hotels und Wirtschaften wie jetzt, sowohl „Ausgud“ wie „Falk aus“. Aber die Giebel waren nicht wie jetzt gelb und violett gestrichen. Nyhavn war damals schmuggigrau, und die Lichter leuchteten nicht. Es war allen Kindern streng verboten zu antworten, wenn ihnen von einem Manne Bonbons angeboten wurden, denn was sie in den Mund bekamen, war nur ein ausgepudertes Briem!

„Ich sehe heute noch“, sagte Gerda, „viele von denen, die ich damals kannte. Sie wohnen noch hier. In Logishäusern und Kellern. Vor einem Mann waren wir hange, weil er auf seiner Kellertreppe stand und uns lockte, wenn wir vorbeikamen. Er steht noch da und sieht genau so aus wie damals. Wenn ich ihn sehe, werde ich tobange und möchte am liebsten weglassen, wie damals, als ich klein war.“

Aber so war es nur in Nyhavn. Meist lebte ich drüben auf Gammelholm. Später in Charlottenborg, aber meine Kindheit verlebte ich in dem alten Münzhof. Dort stand Tante Mariane acht Stunden täglich in der Zählstube und zählte das Geld des Landes. —

(Fortsetzung folgt.)



traife, sondern die eigentlichen Valutaspekulanten und Aufkäufer, die jeden Hotelpreis zu zahlen in der Lage sind. Sie können aber durch eine ganz einfache, nach oben hin sorgfältige Staffierung der Beherbergungssteuer bis zu 80 Proz. getroffen werden, wobei dann allerdings — gerechter und erfreulicherweise — auch Inländer, die Luxushotels bewohnen können, entsprechend herangezogen werden. Wir wüßten auch nicht, welcher Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Valutaschiebern und Großverdienern aus Gründen steuerlicher Gerechtigkeit gemacht werden müßte — in Papiermark rechnet ja keiner von ihnen! Die besondere Ausländersteuer kann darum ohne Schaden für den Stadttitel fallen — sehr zur Freude derjenigen Ausländer, die nicht unter die Kategorie der Valutaschieber fallen.

Es ist zu erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung unmittelbar nach den Ferien den Beschlüssen der Finanzdeputation zustimmen wird. Dann wird endlich Schluß sein mit der Ausländersteuer, gegen die wir uns bereits seit langem mit Entschiedenheit gewandt haben.

## Der Posttarif ab 1. August.

Ein Fernbrief 1000 M. Ein Telefongespräch 500 M.

Wie bereits berichtet, tritt außer der Portoerhöhung am 1. Juli eine weitere Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren ab 1. August in Kraft. Die Beratungen über die neue Gebührenvorlage sind, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soeben im Reichspostministerium abgeschlossen worden. Der vom Verkehrsbeirat beim Postministerium gebildete Tarifsausschuß tritt am 3. Juli zusammen, um zu den Vorschlägen der Reichspostverwaltung Stellung zu nehmen. Das Reichspostministerium schlägt im allgemeinen eine Erhöhung um das Fünffache der am 1. Juli in Kraft tretenden Gebühren vor. Ausgangspunkt der neuen Regelung soll eine Fernbriefgebühr von 1000 Mark sein. Ueber die Höhe der übrigen Gebühren wird uns folgendes mitgeteilt: Postkarten im Ortsverkehr 200 M., im Fernverkehr 400 M., Brief im Ortsverkehr 400 bis 1200 M., im Fernverkehr 1000 bis 1800 M. Drucksachen 200 bis 1800 M., die Versicherungsgebühren bleiben unverändert. Postanweisungen kosten bis 10 000 M. 800 M., von 10 000 bis 50 000 M. 1000 M., von 50 000 bis 100 000 M. 1200 M., und für jede weitere 100 000 M. bis zum höchstzulässigen Betrage von 500 000 M. je 600 M. mehr. Gewöhnliche Telegramme auf allen Entfernungen: Wortgebühr 800 M. Grundgebühr 1600 M. Sämtliche Fernsprechgebühren werden verdreifacht. Ortsgesprächsgebühr 500 M. Die neue Regelung wird von der Reichspostverwaltung mit der gegenwärtigen Steigerung der ungedeckten Ausgaben begründet. Der Gebühretbetrag für 1923 wird auf 8 Milliarden veranschlagt.

## Aus einem Kupplerquartier.

Tante Steinmaus und ihre „Nichten“.

In eines der ältesten Kupplerquartiere Berlins leuchtete gestern die Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hinein, die gegen die 48 Jahre alte Pensionarin Ida Steinmaus und die 21jährige Johanna Hallwachs wegen gemeinschaftlichen Diebstahls verhandelt wurde.

Johanna Hallwachs schilderte dem Gericht, wie es in dem Kupplerquartier zugegangen sei. Sie war von ihren Eltern, einer Beamtenfamilie in Hamburg, weggelaufen, weil sie den „Drang zum Theater und Film“ in sich fühlte. In Berlin hatte sie zunächst in einem Hotel am Spittelmarkt gemohnt. Als es ihr dort zu teuer wurde, hatte der Portier sie zu Frau Steinmaus verwiesen. Hier wurde das hübsche Kind sofort mit offenen Armen aufgenommen. Frau Steinmaus nahm sich ihrer mütterlich an, gab ihr freie Wohnung und Beköstigung, wofür sie sich im Hause nützlich machen mußte. Nachdem sie sich in das Vertrauen des jungen Mädchens eingelassen hatte, zeigte sie plötzlich ein anderes Gesicht. Aus ihrem großen Kleiderkasten nahm sie Kostüme heraus, mit denen sie ihren Schilling als Badisch ausstaffierte, mit ausgekämmten Haaren suchte sie ihr das Aussehen einer Sechzehnjährigen zu geben. Beide gingen dann Abend für Abend in Weinstube, wo die Bekanntschaft mit älteren Herren angeknüpft wurde. Johanna wurde als „Nichte“ vorgestellt und es wurde immer gesagt, daß das „Kind“ sonst nicht so spät aufbleiben müßte und schon längst zu Bett liege, heute sei aber mal eine Ausnahme, denn es sei gerade ihr Geburtstag. Die Geburtstagsfeier wurde nach der Polizeistunde in der Pension Steinmaus fortgesetzt, ließ dann das weitere ansicheln. Eines Tags wurde auch auf diese Weise die Bekanntschaft eines Hamburger Juweliers gemacht, der am Morgen, als er aus seinem Kausch aufwachte, die Bettstatt neben sich leer fand, gleichzeitig aber auch seine goldene Uhr, Briefstapel und andere Schmuckgegenstände vermißte. In der Verhandlung gelangte auch ein Schreiben eines früheren Liebhabers der Steinmaus zur Verlesung. Dieser bestätigte die Angaben der Hallwachs. In der Pension Steinmaus seien dauernd wüste Zechereien von älteren Herren bei Nachtzügen vorgenommen worden. Den Gästen seien unerhörte Preise für Sekt abgenommen worden. Frau Steinmaus habe es hauptsächlich auf verheiratete Männer abgesehen gehabt. Wenn diese befohlen waren und mit der Polizei drohten, habe sie halb lächelnd gesagt: „Gewiß, ich rufe die Kriminalpolizei, aber wir wollen mal auch sehen, was ihre Ehefrau sagen wird.“ Drangen Bestohlene aber auf eine Feststellung, dann hatte Frau Steinmaus Verdreher und Zuhälter an der Hand, die sich als Polizeibeamte ausgaben und ein Protokoll ausnahmen. Das Gericht hielt beide Angeklagte des gemeinschaftlichen Diebstahls für schuldig, verurteilte Frau Steinmaus zu drei Jahren Gefängnis und die Angeklagte Hallwachs zu zehn Monaten Gefängnis.

## Wetter und Gesundheitszustand.

Wiesch ist im Publikum die Frage aufgeworfen worden, ob das abnorme Sommerwetter dieses Jahres wohl Schädigungen des Gesundheitszustandes der Bevölkerung zur Folge gehabt habe. Bisher haben sich derartige Schädigungen nicht feststellen lassen. Ein Vergleich mit der Friedenszeit ergibt, daß eine Zunahme der Sterblichkeit weder für Lungenerkrankungen, noch für Infuenza, noch für andere Erkrankungen der Atmungsorgane sich nachweisen läßt. Auch die Aufnahmehäufigkeit in den Krankenhäusern und seit Beginn des Frühjahrs, also seit Ende März/Anfang April, nicht höher als im Vorjahre, so daß jedenfalls daraus geschlossen werden kann, daß wesentlich mehr Krankenhausbettplätze vorhanden sind. Man muß allerdings dabei berücksichtigen, daß die enorme Steigerung der Kosten des Krankenhausaufenthalts eine gewisse Zurückhaltung bei der Benutzung von Krankenhäusern herbeigerufen hat. Auch der allgemeine Krankenbestand der Krankenkassen ist geringer als im vorigen Jahre.

## Kurzes Bild.

Vom vierfachen Millionär zum „Penner“ gesunken ist in wenigen Tagen der Buchhalter Otto Matt aus Hamburg. Dieser hatte dort von seiner Firma den Auftrag erhalten, 4 Millionen Mark nach der Bank zu bringen, die er jedoch in seine Tasche steckte, um als vierfacher Millionär in der Reichshauptstadt ein so flottendes Leben zu führen, daß er in wenigen Tagen sein ganzes Geld durchgebracht hatte. Er war dann plötzlich so von allen Mitteln entblößt, daß er, um seinen Hunger zu stillen, seine neuen Kleidungsstücke eins nach dem anderen verkaufen mußte. Selbst die Schuhe machte er zu Geld und besorgte sich ein Paar völlig ausgeleert und verschliffene dafür. Als jetzt auch die Kleidungsstücke veräußert waren, ging er auf die Bettelstraße und nächtigte in der

Kugelhörberge. Bei einer Razzia, die die Polizei vornahm, wurde er in der Herberge aufgegriffen und festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Das spiegelnde Mädchen.

Der Maler Otto Dix freigesprochen.

Der Aufsehen erregende Kunstprozeß gegen den Maler Otto Dix aus Düsseldorf wegen Ausstellung eines nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „unzüchtigen“ Bildes „Mädchen am Spiegel“ auf der juristischen Ausstellung wurde gestern nachmittag vor der 8. Strafkammer zu Ende geführt. Als Sachverständiger war noch Prof. Sievogt erschienen.

Der Angeklagte Otto Dix erklärte, daß er mit dem Bilde beabsichtigt habe, das schimpfliche Gewerbe des Dirnentums darzustellen und daß ihn durchaus ethische Motive geleitet hätten. Er habe zeigen wollen, wie dieses Gewerbe geistig und moralisch verherzend wirke und in erster Reihe Personen, die es selbst ausüben, treffe. Auf den Einwand des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Goldberger, weshalb er nicht dann den Titel „Gealtertes Frauenmädchen“ oder eine ähnliche Bezeichnung gewählt habe, erwiderte der Angeklagte, daß er gewohnheitsgemäß die nachfolgende Bezeichnung nehme und nicht weiter darüber nachdenke. So lag er „Mädchen am Spiegel“, der „Raufende Mann“ und dergleichen. Die beiden Sachverständigen erklärten weiter, daß sie das Bild unbedingt in die Ausstellung der Akademie aufgenommen hätten, wenn Dix es dort zur Ausstellung gegeben hätte. Auf Grund der Ausstellung der Dix'schen Bilder in der juristischen Ausstellung sei er sogar zu einer Ausstellung in der Frühjahrsausstellung der Akademie aufgefordert worden. Staatsanwaltschaftsrat Reizer richtete an die Sachverständigen die Frage, ob sie es richtig finden würden, wenn dieses Bild in einem Schaufenster gegenüber einer Mädchen- oder Knabenschule ausgestellt würde. Die Sachverständigen erklärten dazu, daß diese Frage doch gar nicht in Betracht komme, es handle sich doch um eine Ausstellung, die einen Kunstcharakter trage und in die nur reife Menschen hineinkommen. Nach Schluß der Beweisaufnahme und nachdem auf die Vernehmung weiterer Sachverständiger verzichtet worden war, hielt Staatsanwaltschaftsrat Reizer die Anklage aufrecht, indem er betonte, daß die Sachverständigen von dem Gesichtspunkt der Kunst ausgehen und nicht von dem Empfinden des sogenannten normalen Menschen, dessen Schamgefühl verletzt werde. Der Staatsanwalt unterstellte ohne weiteres, daß der Angeklagte nicht die Absicht gehabt habe, auf die Lüsternheit anzuspielen. Er beantragte deshalb auch nur eine Geldstrafe von 50 000 Mark, aber auch auf Einziehung und Unbrauchbarmachung des Bildes. Das Gericht kam nach sehr langer Beratung zu einer Freisprechung. In der Urteilsbegründung heißt es u. a., daß sich das Gericht nicht dem Eindruck habe verschließen können, daß der Angeklagte in der Darstellung eine gewisse Diskretion hat wahren lassen. Der ekelregende Eindruck der Gestalt dränge dieses sichtbar werden aber in den Hintergrund. Die moralisierende Tendenz des Bildes werde dem Beschauer deutlich erkennbar. Das Gericht hat dem Angeklagten geglaubt, daß es sich um einen Künstler handle, der sich in erster Reihe von der moralischen Wirkung hat leiten lassen und daß ihm das Bewußtsein der Schamverletzung gefehlt habe. Das Gericht kam daher zu einer Freisprechung des Angeklagten. Von einer Unbrauchbarmachung des Bildes im objektiven Verfahren kann daher keine Rede sein. Die Beschuldigung wurde verworfen.

Der Ausgang der Verhandlung ist nur zu begrüßen. Der ganze Prozeß ist durchaus überflüssig und zeigt, wie erschreckend viel Zeit in gewissen Amtsstuben vorhanden sein muß, wenn diese kostbare Zeit darauf verwandt werden muß, die Kunst in Straßparagrafen zu behelligen. Hatte man an dem „Reigen“-Prozeß noch nicht genug? Man sollte fast meinen, daß eine neue Rez Heineke-Periode angebrochen sei, die in mittelalterlichen Zeiten einmal die Deffektivität aufs höchste erregte. In unserer Zeit sollten die Staatsanwälte doch wohl mehr dem Schiebtertum zu Leibe gehen, als gemalten Mädchen!

**Verlängerung der Mieterschutzvorschriften.** Der preussische Wohlfahrtsminister hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums die Geltungsdauer sämtlicher auf Grund der Mieterschutz- (Wohnungsmangel-)verordnung bisher getroffenen Anordnungen, insbesondere auch die auf einen Endtermin befristeten, bis zum 30. September 1923 verlängert.

**Neue Kokspreise.** Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 25. d. M. eingetretenen Erhöhung der Zechenpreise ist eine entsprechende Oeraufsetzung des Kleinverkaufspreises für Koks erforderlich geworden. Dieser stellt sich mit Wirkung ab 27. d. M. wie folgt: Röhren- und Ofenbrand, Gasloß je Zentner ab Lager 48 500 M., frei Kessel 49 700 M. Bei fuhrweiser Lieferung: Gasloß je Zentner ab Lager 48 500 M., frei Kessel 49 500 M.

**Einäschungsgebühr 200 000 M.** Der Ausschuß für Bart- und Bekleidungsweisen hat die Einäschungsgebühr vom 1. Juli ab auf 200 000 M. erhöht.

**15 1/2 Millionen Mark geraubt.** Der Buchhalter Ringel von der Witkuranialt Weihenau, ein junger Mann von 28 Jahren, hatte 15 1/2 Millionen Mark kassiert, die er in einem Paket bei sich trug. Auf dem Wege von Hohenschönhausen nach Weihenau wurde er an der Gartenstraße Ecke Schönhauser Weg von einem unbekannten Manne überfallen. Der Räuber entriß dem Buchhalter, obwohl dieser sich kräftig zur Wehr setzte, das Paket mit dem Gelde und ergriff die Flucht. Postanten und Beamte nahmen die Verfolgung des Räubers auf, der jedoch aber die Felder hinweg entkam. Der Räuber ist etwa 30 Jahre alt, 1,75 Meter groß und trug einen braunen Paletot. Mitteilungen zur Aufklärung des Raubüberfalles nimmt das Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Werneburg, entgegen.

**Einen zwölfstündigen Kursus über Gefährdeterfürsorge** hat auf Anregung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt die staatlich anerkannte Sozialen Frauenschule Berlin-Schöneberg (Direktorin Dr. Alice Salomon) abgehalten, der im Hinblick auf die Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im besonderen Maße notwendig erschien. Es nahmen insgesamt 28 Schülerinnen an dem Kursus teil, die nach Abschluß ihrer Prüfung im Laufe dieses Jahres für das Spezialgebiet der Gefährdeterfürsorge zur Verfügung stehen.

**„Unlautere Stellenvermittlung“.** Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir kürzlich die Meldung einer Polizeiorrespondenz. Der Rechtsbeistand des dort genannten Reichsbundes deutscher Arbeiter und Vorarbeiter teilt uns dazu folgendes mit: „Es ist nicht zutreffend, daß der Reichsbund deutscher Arbeiter und Vorarbeiter,

## Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ansäuernd, Geschäft flau. Fische knapp, Geschäft ziemlich rego. Obst reichlich, Geschäft rego. Gemüse und Kartoffeln knapp, Geschäft flau.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 14 500—18 400 M., ohne Knochen 19 000—22 000 M., Schweinefleisch 17 800—20 000 M., Kalbfleisch 15 000—18 000 M., Hammelfleisch 19 400—21 700 M., Rükensfleisch 20 000—22 000 M., Rinderfett 18 500 M., Schmalz 5 300—5 800 M., Kaffeebohnen 6 400—7 000 M. In Eis: Schmelz 14 500—15 000 M., Hechte 12 000—13 000 M., Aale 19 000 bis 21 000 M., Barsche 12 000 M., Lebende Schmelz 24 000—26 000 M., Hechte 18 000—19 000 M., Naturbutter 24 000—27 500 M., Margarine 14 000—16 500 M., Schweineschmalz 21 500—23 500 M., Eier 1200 bis 1300 M., das Stück, Kartoffeln (alte) 7500—8000 M., 10 Pfund, Zwiebeln 3000—4000 M., Tomaten 12 000—14 000 M., Erdbeeren 15 000—18 000 M.

der nicht in der Langestraße 35, sondern am Schleißer Bahnhof 3 seinen Sitz hat, Arbeitslose aller Berufe als Mitglieder geworben und dann als Landarbeiter auf das Land hinaus geschickt hat. Der Reichsbund deutscher Arbeiter und Vorarbeiter darf statutenmäßig nur Arbeiter (auch Vorarbeiter) aufnehmen, welche laut vorzuzweisenden Zeugnissen mindestens zwei Jahre lang Arbeiter gewesen sind. Der Reichsbund hat gegen diese Statutenbestimmung in keinem Falle verstoßen! Der Reichsbund vermittelt lediglich zwischen den Auszubehrenden und den Vorarbeitern! Auf die Zusammensetzung und das Verhalten der Arbeitskolonnen, welche die Vorarbeiter auf das Land mitbringen, ist der Reichsbund ohne Einfluß.

**Jugend und Alkohol.** Der Vortrag des von der Abteilung Jugendpflege des Reichsausschusses veranlaßten Kuriers „Jugend und Alkohol“, den Frau Stadtschulrat Dr. Wegscheider über das Thema „Alkohol und Sittlichkeit“ abgenommen hat, findet am Mittwoch, den 27. Juni, in der Aula der Peterstraße 4, Beginn 8 Uhr, Eintritt frei.

**Ein sozialdemokratisches Sommerfest** veranstaltet von den Genossen des Kreises Prenzlauer Berg, findet am Sonntag, den 2. Juli, in den Geländestücken der Bauerei Friedrichshagen statt. Neben dem Konzert einer Künstlerkapelle werden der Rammhor Prenzlauer Berg, der Turnverein Nichte, sowie die Arbeiterjugend u. a. das Fest durch ihre Darbietungen verschönern. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf bei den Bezirksleitern 1000 M. Kinder haben freien Eintritt. Karten im Vorverkauf und außerdem noch zu haben bei Frau Klenkauer Str. 7 (Radon), Wilhelm Burg, Prenzlauer Allee 189 und Wilhelm Goldschmidt, Stolpische Straße 36. Anfang 4 Uhr.

**Der Aetna-Ausbruch** beendet. Der Ausbruch des Aetna kann als beendet betrachtet werden. Wo die Lava noch nicht völlig zum Stillstand gekommen ist, rückt sie nur noch ganz allmählich vor. Die Bevölkerung kehrt in ihre Wohnungen endgültig zurück.

**Großfeuer in einem Thüringer Sägewerk.** Das Dampfagewerk der Firma F. G. Schwalbe in Schleiz ist durch Feuer, das aussehend im Kesselhaus ausbrach, völlig zerstört worden. Ebenso wurden große Holzvorräte ein Raub der Flammen. In eine Fortführung des Betriebes ist infolge der Vernichtung der Maschinen nicht zu denken. Der Schaden wird auf eine Milliarde geschätzt.

## Aus der Partei.

Die Beamten zur Haltung der Partei.

Die Neuorganisation der Beamtenausschüsse in Groß-Berlin zeitigt schon gute Resultate. Eine öffentliche Beamtenversammlung am Montagabend in Schmidts Gesellschaftshaus, war von mindestens 600 Beamten mit Frauen besucht, die ein Referat des Genossen Steinlopf über die Haltung der Reichstagsfraktion zu den Beamtenfragen, besonders zu der Festschließung der neuen Gehälter anhörten und dann in lebhafter Diskussion dazu Stellung nahmen. Allgemein wurde es für richtig erklärt, daß die Fraktion eine Verringerung der Spannung zwischen den oberen und unteren Gruppen und damit wenigstens für die unteren Gruppen wenigstens eine Annäherung an das Existenzminimum verlangt hat und daß, da die bürgerliche Mehrheit dies verweigerte, unsere Partei die ganze Gehaltsregelung abgelehnt hat. Alle Redner sprachen sich auch für ein Zusammengehen der Beamten, Angestellten und Arbeiter aus, um bei den gleichliegenden Interessen dieser Arbeitnehmer- und Konsumentengruppen ein wirksames Gegengewicht gegen die Bemüherung durch Erzeuger- und Handelskreise zu bilden.

Die prächtig verlaufene Versammlung brachte der Partei viele neue Mitglieder ein.

In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärten sich die Versammelten einverstanden mit der Haltung der Partei in den Befolgungsvorhandlungen des Reichstages, insbesondere mit ihrer Ablehnung der letzten Befolgungsregelung.

Der Jahreskongreß der englischen Arbeiterpartei wird heute Dienstag unter dem Vorsitz von Sidney Webb in London eröffnet, 1000 Delegierte werden teilnehmen. Der Kongreß wird eine ganze Woche dauern. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die internationale Lage, die neue Internationale, Alterspensionen, Arbeitslosigkeit usw.

## Jugendveranstaltungen.

Am Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseest. 116, eine große Jugendversammlung statt. Thema: „Die Not der arbeitenden Jugend“. Referent Gen. Dr. Raloff. Jugendgenossen erscheint in Massen. Alle Bezahlungen fallen.

## Heute, Mittwoch, den 27. Juni:

**Friedrichshagen:** Jugendheim Berlin Str. 44, Vortrag: „Deutsche Geschichte im Mittelalter“. — **Friedrichshagen:** Jugendheim Schornweberstr. 106, Vortrag: „Schichten der Welt“. — **Karlshagen:** Jugendheim Germaniastraße 10, Vortrag: „Viktorien-Straße, Besondere: Erfinder und Erfindungen“. — **Waldenburger-Wald:** Jugendheim Bessestr. 22, Vortrag: „Waldenburger-Wald“. — **Waldenburger-Wald:** Jugendheim Bessestr. 14a, Vortrag: „Waldenburger-Wald“. — **Waldenburger-Wald:** Jugendheim Germaniastraße 10, Vortrag: „Der sozialistische Zukunftsaussicht“.

**Wichtig:** Abteilungsversammlungen Die Funktionäre müssen pünktlich zu den im letzten Rundschreiben bekanntgegebenen Funktionskonferenzen erscheinen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Wichtig:** Mieter des 4. Verwaltungsbezirks. Große öffentliche Mieterversammlung am Donnerstag, den 28. Juni, 7 1/2 Uhr, in der Schulaula, Schönhauser Str. 7, und am Freitag, den 29. Juni, 7 1/2 Uhr, in Büttner's Festhalle, Schöneberg Str. 3. Tagesordnung: „Das neue Mieterschutzgesetz und welche Rechte es gibt am 1. Juli“. Einberufen: Mietervereinsverband, Bau Berlin, 4. Verwaltungsbezirk.

## Sport.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, den 26. Juni.

1. Rennen. 1. Gartenstein (Thalstedt), 2. Eggerei (Stolpe), 3. Valeria (Werber). Toto: 13 : 10. Platz: 10, 11 : 10. Ferner lief: Fahnen (ausgebr.).  
2. Rennen. 1. Galama (Dreißig), 2. Kleppig (Galle), 3. Schönheit (M. Schmidt). Toto: 16 : 10. 5. Rennen.  
3. Rennen. 1. Daborn (Stielau), 2. Dörsch (Thalstedt), 3. Berdi (Dippel). Toto: 71 : 10. Platz: 17, 12 : 10. Ferner lief: Gamphe.  
4. Rennen. 1. Fairdale (Dreißig), 2. Mrs. Sunn (Dreizeg), 3. Darnane (M. Schmidt). Toto: 39 : 10. Platz: 17, 26 : 10. Ferner lief: Ehrentraut, Ellen.  
5. Rennen. 1. Kullisch (Vorowitz), 2. Cham Dich (Fr. Müller), 3. Dneungpde (Thalstedt). Toto: 32 : 10. Platz: 17, 21, 40 : 10. Ferner lief: Pfeifert (4), Höfchen, Kreuzbombe, Nierenbock, Vins, Salsana, Erdrofe, Neuland Duran.  
6. Rennen. 1. Klabaße (Vorowitz), 2. Blask (Rosina), 3. Birbel (Saager). Toto: 26 : 10. Platz: 14, 17, 15 : 10. Ferner lief: Diba (4), Remonto, Sate, Feiling.  
7. Rennen. 1. Kranzsch (Naber), 2. Grotzke (Vorowitz), 3. Glasfische (Thalstedt). Toto: 35 : 10. Platz: 17, 14 : 10. Ferner lief: Mädchen (4), Blautopaz, Stürmer II.

## Briefkasten der Redaktion.

Der Herr C. 384. Gerichtliche Entscheidungen sind uns noch nicht bekannt. Die Frage ist strittig. Wir müssen es daher den Mietern überlassen, die Haltung abzuwägen und eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. — C. 385. 1. Ja, aber nur dann, wenn sie die notwendigen Ausgaben übersteigen. 2. Ja, sofern es sich um Erpörmisse handelt, die sonst steuerfrei wären. 3. Die Unterhaltungsgebühren für uneheliche Kinder betragen für April 2000 M., für Mai 34 000 und für Juni 80 000 M. — C. 386. 1. Die Unterhaltungsgebühren. 2. Ja, wenn ein Klempner, 3. Welches von den genannten das bessere ist, läßt sich sehr schwer sagen; es sind beide zu empfehlen. — C. 387. Die Frage ist die Frage nicht geregelt. Es kann zu verfahren werden. Erwerbslosenunterstützung gilt nicht als steuerbares Einkommen.  
Ein Preisgeblü. Unannehmlichkeiten manchen auch dann in den Papierkorb, wenn ihr Inhalt sachlich und richtig ist. Nur die Organisation kann ihnen helfen, nicht der Bemüherungsamtler.  
Rundsch. Nr. 1923. Die Erwähnung bei der Ehrenamtsverwaltung ist juristisch die Ehrenamt mit abschließender höherer Schulbildung geprezt. Für junge Leute mit Mittelschulbildung ist es noch offen, aber fast überflüssig. Erwähnungen sind an die Ehrenamtsverwaltung zu richten. Im Übrigen ist juristisch nur noch bei den Kommunalverwaltungen eine Erwähnung ausweislich.



# Die kommenden Gemeindevahlen

Von Ernst Reuter.

Der Beschluß des Preussischen Landtags, die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevvertretungen in ganz Preußen mit Ausnahme Berlins im November dieses Jahres stattfinden zu lassen, stellt die Sozialdemokratie vor eine organisatorische und politische Aufgabe, deren Bedeutung auch heute, in den schweren Auseinandersetzungen über die Reparationsfragen mit ihren weittragenden Folgen, nicht genug beachtet werden kann. Entscheidungen bei Gemeindevahlen werden freilich oft genug durch örtliche Beziehungen und Verhältnisse beeinflusst, im großen und ganzen geben sie aber doch ein Spiegelbild der politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse und gewinnen schon als Gradmesser der Stärke der großen politischen Parteien ein halbes Jahr vor den im Frühjahr 1924 stattfindenden Reichstagswahlen ihre besondere Bedeutung.

Das Schicksal der neuen preussischen Städteordnung, die mindestens bis zum Beginn der Wahlkampagne fertiggestellt sein sollte, ist heute noch vollständig ungewiß. Es ist überhaupt noch keineswegs sicher, ob bis zu den Gemeindevahlen die neue für die weitere kommunale Arbeit grundlegende Gesetzgebung abgeschlossen sein wird. Noch ist es unmöglich, schon zu beurteilen, in welcher Gestalt sie schließlich im Landtag zur Verabschiedung kommen wird. Die Kämpfe bei den Gemeindevahlen werden natürlich durch die frühestens im Herbst zum Abschluß kommenden Beratungen beeinflusst werden, im wesentlichen aber wird sich der Wahlkampf, von örtlichen Sonderdifferenzen abgesehen, namentlich in den Großstädten um die großen Fragen kommunaler Politik drehen, die mit den Schwierigkeiten und Problemen der Reichspolitik aufs engste zusammenhängen.

Die allgemeine Entwicklung der Reichs- und staatlichen Finanzen überhaupt, nicht, wie allzu oft und aus agitatorischen Gründen auch gar zu gern angenommen wird, die Erzbergerische Finanzreform, hat die finanzielle Grundlage der Städte aufs allererschwerste gefährdet und auch in der früher so blühenden Wirtschaft der Städte und Gemeinden die Tendenz der Verarmung, die im Gegensatz zur privaten Wirtschaft allen staatlichen und öffentlichen Körperschaften anhaftet, außerordentlich verschärft. Hinter den Milliardenziffern, die die Haushalte fast aller Großstädte heute erreicht haben, verbirgt sich, an den finanziellen Leistungsmöglichkeiten der Vorkriegszeit gemessen, heute nur kümmerlich eine ungeahnte und früher sicher nicht für möglich gehaltene Einschränkung der wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden. Die allen städtischen und gemeindlichen Finanzen gemeinsame Tendenz der Einengung wird in wenigen Orten durch Forst- und Sachbesitz aufgehoben, der die Tilgung früherer Schulden und die Erschließung neuer, im Verhältnis zu früher bedeutender Einnahmen ermöglichte. Aber das sind Ausnahmen, und auch dort läßt die steuerliche Mißere, die Auswirkungen der Geldentwertung und die Einengung des Kapitalmarktes für den gemeindlichen Anleihebedarf nicht im entferntesten die Betätigung der Gemeinden zu, an die wir uns vor dem Kriege, in einer Periode unerhörter Entwicklung der Gemeindevirtschaft, gewöhnt hatten. Die Versuche, mit Hilfe des immer noch nicht verabschiedeten Finanzausgleichsgesetzes die Gemeindefinanzen zu sanieren, vermögen immer nur vorübergehende Abhilfe zu schaffen. Was mit der beabsichtigten Erhöhung der Umsatzsteuer gegeben werden soll, ist durch die faktische Beseitigung der Realsteuern, die früher das Rückgrat der Gemeindefinanzen waren, längst genommen, ganz abgesehen von den schweren nachteiligen Folgen, die diese Erhöhung für die städtische Wirtschaft direkt und indirekt haben müßte. Eine wirkliche dauernde Gesundung der gemeindlichen Finanzverhältnisse, ohne die schönsten Kommunalprogramme vollständig in der Luft hängen, ist ohne dauernde Stabilisierung der Währung und ohne neue Möglichkeiten, Anleihen größeren Stils auf dem Kapitalmarkt für verbundene Zwecke aufzunehmen, nicht möglich.

Dadurch ist der Rahmen sozialistischer Gemeindevarbeit in fast allen deutschen Städten und Gemeinden von vornherein viel enger gezogen, als es unseren Wünschen und den Bedürfnissen der Volksmassen entspricht. Trotz der um ein vielfaches größeren Bedeutung der Gemeinden für jeden einzelnen, dank der ungeheuren Erweiterung des Arbeitsgebietes der Kommunen im und nach dem Kriege, hemmt der Druck unserer gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten jede zielbewusste kommunale Arbeit. Darunter muß keine Partei so sehr leiden wie die Sozialdemokratie, die für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie sich keine andere Partei mit dem Gedeihen der Kommunen verbunden fühlt. Im Gegensatz zur Interessenpolitik einzelner Wirtschaftskreise, die die bürgerlichen Parteien beherrscht, sie in zahllose Gruppen zerklüftet und höchstens im Gegensatz zur Sozialdemokratie einigt und auch im Gegensatz zu den jede verantwortliche Arbeit scheuenden Kommunisten kann die Sozialdemokratie als einzige Partei ihre Interessen mit der Erweiterung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Arbeit der Gemeinden vollständig identifizieren. Jedes Stück gemeindlicher Wirtschaft, gemeindlicher Kulturarbeit und Sozialpolitik ist gleichzeitig eine sozialistische Errungenschaft, bedeutet Vordringen des gemeinwirtschaftlichen sozialistischen Gedankens, der trotz aller Räte unaufhaltbar wächst und seine stärksten Antriebe erst erhalten wird, wenn es unserer Arbeit gelingt, über die augenblicklichen Schwierigkeiten hinweg die Basis der Gemeindefinanzen und Gemeindevirtschaft für die neue Aufwärtsentwicklung gesund zu erhalten, die ja doch kommen muß.

Die Kommunisten, die ihrer Verachtung über jede wirtschaftlich sozialistische Arbeit in ihrem Kampf gegen die Bauhütten, gegen die Erhaltung der öffentlichen Wohnungswirtschaft (die sie in primitivster Weise nur unter dem rein agitatorischen Gesichtspunkt möglicher Niedrighaltung der Mieten ansehen), in ihrer Abneigung gegen die Arbeit der Konsumvereine (in Thüringen prägen sie das für ihre demagogische Einstellung bezeichnende Wort vom „Konsumvereinstützendem Sozialismus“) immer wieder deutlich Ausdruck geben, verhalten sich fast ausnahmslos auch jeder wirklichen kommunalen Arbeit gegenüber ablehnend und feindlich. Sie begreifen nicht, daß die Erhaltung der städtischen Finanzen ein Lebensinteresse der Arbeiterschaft ist, ihre stereotyp wiederkehrenden Redensarten gegen jede noch so begründete Erhöhung städtischer Lätze in Folge der Geldentwertung dient nur den Interessen des privaten Kapitals, das in den letzten Jahren überall den Versuch gemacht hat, die großen Wirtschaftsanlagen der Gemeinden in die Hand

zu bekommen. Ihre demagogischen Forderungen stehen zwar im vollkommenen Widerspruch zu ihrer eigenen russischen kommunalen Praxis, aber das hindert sie nicht, hier bei uns sich in der Erhebung möglichst radikaler Forderungen und möglichst in die Milliarden gehender Belastungen der Gemeinden zu erschöpfen. Die Sorge, woher die Mittel genommen werden sollen, kümmert sie nicht. Es genügt ihnen, wenn sie jeden und namentlich und vor allen Dingen die Sozialdemokraten, „als Verräter entlarven“, wenn sie nicht anstandslos alles und jedes durchführen, was sie verlangen. An der Bewilligung und Ausbringung der Mittel, der Herstellung des Gleichgewichts im Etat, beteiligen sie sich mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich nicht; solche Sorgen überlassen sie gern anderen und scheiden dadurch als zuverlässige kommunale Mitarbeiter fast überall aus.

Bei den bürgerlichen Parteien haben die rückschrittlichen Tendenzen seit 1918 aus einer beinahe kindlichen Angst vor der Kommunalisierung in ungeahnter Maße

## Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 7,3 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110:

## Große Jugendversammlung

Thema: Die Not der arbeitenden Jugend. Referent: Dr. Moses. — Aussprache.

Jugendgenossen, erhebt selbst eure Stimme, zeigt der Öffentlichkeit die Mißstände eurer Arbeitsverhältnisse! Erscheint in Massen!

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Jugendsekretariat, SW 68, Lindenstr. 8.

überhand genommen. Steuerfurchen und Angst vor kommunaler Gemeindevirtschaft sind ihre „leitenden“ Gesichtspunkte, unter denen sie sich gar zu gern und in mittleren und kleineren Orten fast regelmäßig zum Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen. Den Geist dieser Angst vor dem Sozialismus charakterisiert am treffendsten ein volksparteilicher Antrag bei der Betrachtung der neuen Städteordnung, der den Kommunen das Recht zur Betreibung von Wirtschaftsunternehmungen durch möglichst schlanke Sonderbestimmungen erschweren wollte. Lokal äußert sich dieser Spießergeist in der Bildung sogenannter „wirtschaftlicher Vereinigungen“. Sie oder die Konkurrenzangst vor ihnen diktiert den bürgerlichen Parteien mehr denn je ihre lokale Kommunalpolitik, so daß die rückschrittlichen Tendenzen zusammen mit den objektiven Hemmnissen unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse sich ungemein vermehrt haben. Um so größere Bedeutung hat für die Entwicklung der Kommunen die Stärkung der sozialdemokratischen Fraktionen, die mit Recht für sich in Anspruch nehmen können, durch ihre unermüdete, sich nicht in den Wolkeln verlierende harte Arbeit die wichtigsten Stützen der kommunalen Selbstverwaltung geworden zu sein.

## Verbandstag des Holzarbeiterverbandes

Schlussbericht.

SPD. Kassel, den 23. Juni 1923.

In der Nachmittags Sitzung des Donnerstags bewegte sich die Beratung fast ausschließlich um die Frage der Organisationsform. Verschiedene Redner traten für die Industrieorganisation ein, andere für die berufliche Organisation. Im Verlaufe der Aussprache ergriff auch Grassmann als Vertreter des ADGB das Wort, um den Standpunkt des Bundesvorstandes, der den gemeinsamen Beruf als das primäre Bindemittel der Gewerkschaftsorganisation bezeichnete, darzulegen. In der dann folgenden Abstimmung wurde die Resolution der Vorbereitungscommission unter Ablehnung eines kommunistischen Änderungsantrages gegen wenige Stimmen angenommen.

Dann trat der Verbandstag in die Beratung über das neue Arbeitsrecht ein, worüber Karl Jahn (Vorstand) referierte. Seine Ausführungen sind zusammengefaßt in einer Resolution, in der der Verbandstag von der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften die beschleunigte

### Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts

fordert. Das Betriebsratsgesetz und das Arbeitsnachweisgesetz seien dringend reviditionsbedürftig. Das Arbeitsnachweisgesetz bringe nicht den von jeder von der Arbeiterschaft geforderten Benutzungs- und Meldezwang; in dem von der Regierung vorgelegten Arbeitszeitgesetz werde der Achtstundentag durch Ausnahmen so durchlöchert, daß die Ausnahmen zur Regel würden. Der vorliegende Entwurf zu einer Reichs-Arbeitszeitgesetzordnung sei geeignet, durch die vorgesehenen Zwangseingriffe das Koalitionsrecht zu unterbinden. Die Vereinfachung des Arbeitsrechts erfordere die Errichtung von besonderen Arbeitsbehörden. Mit der Diskussion über diese Resolution und ihrer Annahme fand der vierte Verhandlungstag seinen Abschluß.

Am fünften Verhandlungstag wurde zunächst der Bericht der Beschwerdef Kommission erledigt. Der Vorstand wurde auch weiterhin verpflichtet,

### bei wilden Streiks

grundsätzlich die Unterstützung zu verweigern. Dann hielt Larnow ein groß angelegtes Referat über „Wirtschaftliche Streitfragen“. Den Inhalt seiner Ausführungen legte Larnow dem Verbandstag in einer Resolution vor. Darin wird u. a. scharfe Verwarnung eingelegt gegen die demagogische Absicht der besitzenden Klasse, den Achtstundentag als die Ursache des wirtschaftlichen Verfalls zu bezeichnen und die wahre Schuld neben den Auswirkungen der Reparationsmaßnahmen vielmehr der schrankenlosen Gewinn- und Spekulationslust der besitzenden Klasse, deren schamloser Steuerdefraudation, der wucherischen Preisbildung der Kartelle und der Vernachlässigung des technischen Produktionsapparates zugeschoben. Demgegenüber fordert der Verbandstag eine produktive Wirtschaftspolitik:

Verbesserung der Produktionsmethode, öffentliche Kontrolle der Kartelle und Monopole, Beseitigung der übermäßigen Unternehmer-, Handels- und Spekulationsgewinne u. a. m. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, auf eine Diskussion zu diesem Thema zu verzichten, und mit ebenfalls großer Mehrheit wurde die Resolution Larnows angenommen. Von dem Referat Larnows wird ein Sonderabdruck herausgegeben werden. Bei der Wahl der Beisitzer zum Vorstand und zum Ausschuss wurden für die Liste Amsterdam 161, für die Liste Moskau 34 Stimmen abgegeben. — In der Nachmittags Sitzung wurden bei der Beratung der Statuten und Anträge die vom Verbandsvorstand und Ausschuss beschlossenen Statutenänderungen bestätigt. Anträge auf Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung wurden dem Vorstand überwiesen. Die Bestimmung des Ortes für den nächsten Verbandstag wurde dem Verbandsvorstand überlassen. Damit fand der fünfte Verhandlungstag seinen Abschluß.

In der Sonntags-Schlussitzung des Verbandstages erfolgte nur noch die Abstimmung über Anträge. Soweit sie angenommen wurden, liegen sie innerhalb des Rahmens, der durch die vorausgegangenen Beratungen festgelegt worden war. Nachdem die

Tagesordnung des Verbandstages erschöpft war, schloß der Verbandsvorstand Larnow diesen mit Worten des Dankes an die Delegierten für ihre freudige Mitarbeit. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gegensätze innerhalb des Verbandes bald ganz überbrückt werden. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Verband schloß die Tagung.

# Wirtschaft

## Havenstein als Förderer der deutschen Rubelwirtschaft

Man schreibt uns: Die Havenstein-Wart wird zu Tode gehegt und wo ist der Vater dieser wertlosen Papierfetzen? Er hat sich friedlich nach Bad Orb zur Erholung zurückgezogen, während das staatliche Wirtschaftsgebäude in allen Fugen kracht und obwohl der parlamentarische Ausschuss ihn doch jeden Augenblick zitiieren könnte. Dem Kenner des Bankwesens ist dieses eigenartige gleichgültige Verhalten des Reichsbankpräsidenten gegenüber dem Markterfall völlig unverständlich.

Im Mai vorigen Jahres wurde eine Ergänzung zum Bankgesetz vom Reichstag angenommen, in welcher auf außenpolitischen Druck hin die wirtschaftspolitische Unabhängigkeit der Reichsbank gewährleistet werden sollte. Der Gesetzesentwurf wurde von Herrn Havenstein zusammen mit seinem etwa sechzigjährigen Vizepräsidenten v. Glanapp, auch einer kaiserlichen Erzkönig, hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet. Jedermann erwartete, daß von diesen Männern erstens ein Weg gezeigt werden würde, wie man die Arbeit der Notenpresse einschränken und die Ansprüche des Reiches auf die Deckung durch Steuern hinweisen müsse. Und zweitens, wie man den Spartrieb des Volkes wieder erwecken und fördern könne. Nichts von beiden geschah. Dem Großkapital wurde im Gegenteil im größten Umfange Anregung zur Ausbeutung des billigen Wechselkredits der Reichsbank gegeben und auch dem Reiche wurde jede Summe ohne irgendeine nennenswerte Deckung durch Steuern geliehen, zugleich wurde jeder Sparrer in Papiermarkt durch die Entwertung, welche Herr Havenstein geradezu gewerbsmäßig durch seine Notenpresse förderte, hart bestraft. Dagegen bestand schließlich der Inhalt, das U, das der Reichsbankpräsident ausbrütete, erstens darin, daß er sowie die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums auf eigenen Vorschlag hin zetteln bis an der Spitze der Bank stehen, so daß sie auch im Falle der Ueberalterung oder nachweisbaren Unfähigkeit nicht mit dem 65. Lebensjahre pensioniert werden können. Zweitens hat das Direktorium sich die Disziplinargewalt über seine eigenen Mitglieder selbst gesichert, so daß hier ohne besondere Veranlassung keine Staatsgewalt hineinzureden hat.

Der unbefangene Laie muß also feststellen, daß sich die Reichsbankleitung wie ein autokratischer Alleinherrscher ihre Befehle in ihrem Sinne selbst gegeben hat und sie auch auszuliegen weiß! Der jetzige Reichsbankpräsident ist, obwohl seine Diskont- und Wirtschaftspolitik völlig versagt hat, unantastbar und unabsehbar, ein Vorgang, wie ihn keine andere Notenbank der Welt kennt. Gibt es hiergegen keine Befehle?

Wißt das deutsche arbeitende Volk einen solchen ungekrönten König im Rahmen der deutschen Republik dauernd dulden, dessen Parole lautet: „Wenn ich nichts tue, kann ich wenigstens nichts Fassches tun“? Nein, solch alte Männer müssen aus der Reichsbankleitung verschwinden! Tatkräftige, jüngere Fachleute müssen sie ersetzen und zwar sofort, bevor das Deutsche Reich noch ärgeren volkswirtschaftlichen Schaden nimmt! C. E. Heinrich.

Von anderer Seite wird uns zum gleichen Thema geschrieben: Die Reichsbank darf keine Papiermarktkredite auf Grund der Fiktion „Markt = Markt“ mehr geben. Hier müßte keine Diskontenerhöhung. Denn was hat es für einen Sinn, den Diskontsatz auf monatlich einige Prozent heraufzusetzen, wenn die Bank im gleichen Monat um die Hälfte und mehr sinkt. Hier hilft nur eins: Der Kredit haben will, durch Wechsel usw. bekommt sie bei der Reichsbank nur unter der Voraussetzung, daß er den gleichen effektiven Wert am Ende des Kredittermins zurückliefert; d. h. die Kreditsumme wird zum Tageskurs in Dollar umgerechnet und diese Dollarsumme muß in Papiermark bei Fälligkeit zurückbezahlt werden. Dann gibt es keine Spekulation der Schönen mehr auf dem Rücken der dummen Allgemeinheit und der Wechselbestand und mit ihm die Notenkurs wird erheblich zurückgehen. Dann erst fehlt jeder Anreiz Kredit zu nehmen, der die Allgemeinheit schädigt.

Warum ist die Reichsbank nicht schon längst auf diese Idee gekommen? Warum ist sie und die Regierung machtlos gegen die Interessenten? Warum wird das Volk belogen und ausgeplündert und läßt sich das alles mit Lammesgeduld gefallen? „Nur ein Narr wartet auf Antwort.“ F. E.

Noch ein Paragraph mehr zum Devisenschuh. Der Berliner Börsenvorstand hat einen Beschluß gefaßt, wonach der Handel mit Dollarschahnanweisungen in den Börsenräumen an börsenfreien Tagen ebenso verboten ist, wie der Handel mit Effekten. Zu widerhandlungen werden mit dem Ausschluß von der Börse bestraft. Hierdurch wird insofern Klarheit in einer kritischen Frage geschaffen, als bisher die Meinung bestand, daß Dollarschahnanweisungen nicht zu den Effekten gehören, auf die sich das Handelsverbot für Börsenruhetage bezieht.

Die Banken haben damit Recht behalten, die bei Dollarschahnanweisungen schon stets nicht die niedrigeren Gebühre für Devisengeschäfte, sondern die höhere wie für Effekengeschäfte berechneten. Zur Klarheit kommt damit noch die Legalisierung der höheren Provision. Im übrigen wird auch diese Regelung dem Dollar nicht weh tun. Alles zusammen heißt nun Regelung des Devisenverkehrs.

Die Süddeutsche Festwertbank-A.-G. in Stuttgart ladet jetzt zur Zeichnung auf 5prozentige, wertbeständige Goldobligationen ein, die auf den Geldwert von insgesamt 400 Kilogramm Feingold lauten. Hinter der Süddeutschen Festwertbank stehen sechs unserer bekanntesten Sü- und westdeutschen Hypothekendarlehen.

## Devisenkurse.

|  | 26. Juni             |                          | 25. Juni     |                          |
|--|----------------------|--------------------------|--------------|--------------------------|
|  | Käufer- (Geld-) Kurs | Verkäufer- (Brief-) Kurs | Käufer- Kurs | Verkäufer- (Brief-) Kurs |
| 1 holländischer Gulden . . .           | 49176.50             | 49423.50                 | 44038.—      | 44862.—                  |
| 1 argentinische Papier-Peso . . .      | 44588.—              | 44812.—                  | 40998.50     | 40701.50                 |
| 1 belgischer Franc . . . . .           | 6008.—               | 6042.—                   | 6009.50      | 6040.50                  |
| 1 norwegische Krone . . . . .          | 20847.50             | 20982.50                 | 18553.—      | 18747.—                  |
| 1 dänische Krone . . . . .             | 22448.50             | 22556.50                 | 20349.—      | 20451.—                  |
| 1 schwedische Krone . . . . .          | 33416.—              | 33584.—                  | 30174.—      | 30326.—                  |
| 1 finnische Mark . . . . .             | 8478.—               | 8490.—                   | 8142.—       | 8168.—                   |
| 1 japanischer Yen . . . . .            | —                    | —                        | —            | —                        |
| 1 italienische Lire . . . . .          | 5546.—               | 5574.—                   | 5112.—       | 5138.—                   |
| 1 Buland Sterling . . . . .            | 578550.—             | 581450.—                 | 528284.—     | 526813.—                 |
| 1 Dollar . . . . .                     | 125685.—             | 126315.—                 | 113964.—     | 114538.—                 |
| 1 französischer Franc . . . . .        | 7755.50              | 7794.50                  | 7052.—       | 7088.—                   |
| 1 brasilianischer Milreis . . . . .    | 19406.—              | 19684.—                  | 11870.—      | 11930.—                  |
| 1 Schweizer Franc . . . . .            | 22448.50             | 22556.50                 | 20398.50     | 20501.50                 |
| 1 spanische Peseta . . . . .           | 18553.—              | 18747.—                  | 16857.50     | 16942.50                 |
| 100 österr. Kronen (abgest.) . . . . . | 180.09               | 180.96                   | 160.09       | 160.61                   |
| 1 tschechische Krone . . . . .         | 3771.50              | 3789.50                  | —            | —                        |
| 1 ungarische Krone . . . . .           | 14.98                | 15.03                    | 12.63        | 12.44                    |
| 1 bulgarische Lewa . . . . .           | 1380.50              | 1398.50                  | 1216.50      | 1223.50                  |
| 1 jugoslawischer Dinar . . . . .       | 1416.—               | 1424.—                   | 1301.50      | 1308.50                  |



